Brentano, Lujo
Ist das "System Brentano" zusammengebrochen?

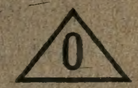
Ist das „System Brentano" zusammengebrochen?

Über Kathedersozialismus und alten und neuen Merkantilismus

von

Lujo Brentano
Professor an der Universität München

Erich Reiß Verlag, Berlin



Brentano

Ist das „System Brentano"

zusammengebrochen?

Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?

Über Kathedersozialismus und alten und neuen Merkantilismus

von

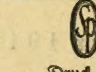
Lujo Brentano

Professor an der Universität München

Berlin 1918

Erich Reiß Verlag





Druck der
Spamerschen Buchdruckerei
in Leipzig

Der

Volkswirtschaftlichen Gesellschaft

in München

„Wer einen Vorschlag unterstützt, der zur Stärkung eines Monopols von Privaten dient, kann sicher sein, nicht nur den Ruf eines Wirtschaftsverständigen, sondern auch große Popularität und Einfluß bei Personen zu erlangen, deren Zahl und Reichtum ihnen große Bedeutung gibt. Umgekehrt geht es dem, der ihre Pläne bekämpft, und noch mehr, wenn er ausreichendes Ansehen genießt, diesen gefährlich zu werden. Ihn werden weder allgemein anerkannte Rechtschaffenheit, noch selbst der höchste Rang, noch die größten geleisteten Dienste gegen die niederträchtigsten Schmähungen und Verleumdungen, gegen persönliche Beleidigungen, ja mitunter gegen wirkliche Gefährdung durch unverschämte Attentate seitens der wütigen, in ihren Interessen bedrohten Monopolisten schützen."

Adam Smith, Reichtum der Nationen, IV. Buch, 2. Kapitel.

Als ich Mitte April nach fast halbjähriger Abwesenheit nach München zurückkam, fand ich eine Mitteilung des Vorstandes der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft vor, daß mir diese die höchste Ehre verliehen habe, die sie verleihen kann: sie hat mich durch einstimmigen Beschluß zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannt.

Ich möchte ihr dafür meinen wärmsten Dank aussprechen.

Ich würdige die mir gewordene Ehrung um so mehr, als sie mir in einem Augenblick zuteil geworden, in dem ich in der breitesten Öffentlichkeit den heftigsten Angriffen ausgesetzt bin.

Allerdings bin ich an solche Angriffe zeit meines Lebens gewohnt, und insbesondere in den 27 Jahren, die ich in Bayern wirke, sind in beiden Häusern des Landtags gegen mich die grimmigsten Reden gehalten worden. Desgleichen bin ich seit dem Ableben des Ministers von Müller, der mich nach München berufen hat, gewohnt, daß ich seitens der mir vorgesetzten Behörde gegen solche Angriffe entweder gar nicht oder nur matt verteidigt werde. Es könnte also den Anschein gewinnen, als ob die gegen mich gerichteten Vorwürfe wirklich berechtigt seien und daß die volkswirtschaftliche Gesellschaft, als sie mich zum Ehrenpräsidenten ernannte, einen Unwürdigen geehrt habe. Da muß ich wohl selbst zu meiner Verteidigung das Wort nehmen. Das bin ich ihr schuldig, das bin ich mir schuldig, das bin ich den unzähligen Schülern schuldig, die mir meine Pflichterfüllung durch eine allen Anfeindungen überdauernde Anhänglichkeit gelohnt haben. Ich bin es aber vor allem der Sache schuldig, die ich vertreten habe.

Worauf geht die gegen mich erhobene Klage?

Daß ich Kathedersozialist und daß ich Freihändler sei.

Ich erkläre mich in beiden Punkten für schuldig — und unbußfertig.

„Das System Brentano ist zusammengebrochen", hat der Ab-

geordnete Held in der Zweiten Kammer des bayerischen Landtags gerufen. Meine Professur sei mit einem Herrn zu besetzen, der ein Anhänger des Schutzzollsystems, nicht aber der Freihandelslehre sei, hat Graf Soden im Reichsrat verlangt.

Demgegenüber behaupte ich: Der Krieg hat den Beweis der Richtigkeit meiner Anschauungen erbracht. Durch den Kathedersozialismus ist das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch bewahrt worden, der ihm ohne die von den Kathedersozialisten befürwortete Politik vom Abfall der Arbeiterklasse gleich bei Ausbruch des Krieges gedroht hätte; und wäre das in den sechziger Jahren zur Herrschaft gelangte Freihandelssystem zur vollen Durchführung gekommen, statt Ende der siebziger Jahre verlassen zu werden, so wäre der Krieg, der so namenloses Unglück über die Welt gebracht hat, nicht gekommen oder hätte wenigstens nicht den die ganze Erde umspannenden Umfang angenommen; und ohne Rückkehr zu den damals verlassenen Prinzipien wird die Welt nie zu einem Frieden gelangen, der Dauer verspricht.

All das will ich dartun. Zuerst will ich über den Kathedersozialismus sprechen und über die Erfolge, die er erzielt hat. Dann will ich den Nachweis führen, daß die Rückkehr zum Merkantilismus die Ursache ist, daß die ganze Welt in den Krieg verflochten worden ist, und daß keine Aussicht auf einen dauernden Frieden gegeben ist, außer bei voller Verwirklichung der Prinzipien des Freihandels. Eine statistische Beilage über die deutsche Einfuhr und Ausfuhr soll denjenigen, welche noch immer von einer sich selbst genügenden deutschen Volkswirtschaft träumen, die Unerreichbarkeit ihres Zieles zeigen, selbst wenn „Mitteleuropa" verwirklicht werden sollte.

München, Anfang Mai 1918. L. Brentano.

Über den Kathedersozialismus

Um die Entstehung und die Bestrebungen des Kathedersozialismus zu verstehen, bitte ich den Leser, sich in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu versetzen. Die öffentliche Meinung war vom Liberalismus beherrscht. Dieser stand im Kampf gegen die Reaktion, welche in den fünfziger Jahren die Staatsgewalt auf allen Gebieten mißbraucht hatte, um die Freiheit zu knechten. Daher auf allen Gebieten weit verbreitetes Mißtrauen gegen jedwedes Eingreifen des Staats. Namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete rief man nach Beseitigung aller Schranken, welche der freien Entfaltung der einzelnen im Wege standen; und in Parlamenten und Presse verfügte diese Geistesrichtung über eine erdrückende Mehrheit.

Ihr war Lassalle entgegengetreten. Über die Beschränkung der Staatstätigkeit auf den Rechtsschutz hatte er als über eine Nachtwächteridee gespottet. Über die Gewerbefreiheit, hatte er gerufen, wird nicht mehr debattiert, sie wird dekretiert. Dasselbe gilt für die Freizügigkeit. Aber mit diesen Freiheiten ist für das Wohlergehen der Masse gar nichts geleistet. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit bedeuten für den Arbeiter nur das Recht, zu bestimmen, wo und in welchem Gewerbe er verhungern will. Es genügt nicht, die überkommenen Schranken einzureißen, es gilt positive Organisationen zu schaffen, um die einzelnen zur größtmöglichen Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu bringen. Solche Organisationen aber sind innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht möglich, und nun legte er an der Hand des von ihm so genannten ehernen Lohngesetzes dar, daß jedweder Versuch der Arbeiter, ihre Lage über das Herkömmliche zu erheben, eine Sisyphusarbeit sei. Jede Steigerung des Arbeitereinkommens über das

Herkömmliche führe zu einer Vermehrung der Bevölkerung, welche die Lage der Arbeiter wieder auf den früheren Stand drücke. Auch Streiks könnten daran nichts ändern. Der Streik sei nichts anderes als der vergebliche Versuch der Ware Arbeit, sich als Mensch zu gebärden.

Das Ergebnis seines Auftretens war die Absonderung der Arbeiter von der liberalen Partei. Die sozialdemokratische Partei, die ins Leben trat, proklamierte die Übertragung aller Produktionsmittel an die Gesamtheit als die einzige zur Hebung des Loses aller führende Lösung.

In diese Kämpfe fiel meine Studienzeit. In meinem innersten Herzen war ich insofern Liberaler, als ich von jeher tiefsten Abscheu gegen jedwede Vergewaltigung der Freiheit empfunden habe. Andererseits war die Vergewaltigung der Schwachen durch die Starken, wie sie eben bei völliger wirtschaftlicher Freiheit drohte, nicht zu bestreiten. Auf der Suche nach der Lösung des Konfliktes ging ich nach England. England war ein freiheitliches Land. Dabei war gerade hier der Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern am heftigsten. Ich wollte den Weg feststellen, welchen die Entwicklung dort nehmen würde.

Das Ergebnis meiner Untersuchungen habe ich in meinen „Arbeitergilden der Gegenwart" niedergelegt. Ich habe darin gezeigt, daß die Freiheit, weit entfernt, zu einem hoffnungslosen Pendeln der Arbeiterbevölkerung um das zur Deckung der bloßen Notdurft Unentbehrliche zu führen, vielmehr gerade deren Emanzipation und Aufsteigen zur Teilnahme an allen Segnungen der Kultur zur Folge habe. Nur müsse man mit ihren Prinzipien Ernst, dürfe nicht vor deren Anwendung auch auf die Arbeiter haltmachen, mit anderen Worten, man müsse ihnen alle Freiheit geben,

sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Die Lösung liege in der Koalitionsfreiheit und den auf Grund derselben erwachsenden Organisationen. Ich zeigte, wie sich die Lage der englischen Arbeiter unter dem Einfluß der Gewerkvereine Schritt für Schritt gehoben habe, wie sie vermöge dieser Entwicklung zu einem politischen Machtfaktor geworden seien und schließlich sogar in der Gesellschaft als Gleichberechtigte Anerkennung gefunden hätten. Der linke Flügel des englischen Liberalismus hatte diese Bedeutung der Gewerkvereine erkannt und, indem er ihre Anerkennung als die berechtigten Vertretungen der Arbeiter durchsetzte, hat er verhindert, daß ein ähnlich feindseliges Verhältnis der großen Masse der englischen Arbeiter gegen die Liberalen, wie in Deutschland, entstanden ist. Er hat den Liberalismus damit jung und lebensfähig erhalten. Er hat gerade, indem er die Arbeiterforderungen zu den seinen machte, den Liberalismus in England gerettet.

Als mein Buch erschien, fand es bei keiner der bestehenden Parteien Anklang. Die liberale Presse hatte bestenfalls Worte, die freundlich klangen, doch nicht ohne Mißtrauen waren. Der sozialdemokratische „Volksstaat" war mir ausgesprochen feindlich gesinnt. Dagegen hatte Gustav Schmoller, schon als die Einleitung zu meinen „Arbeitergilden" in englischer Sprache erschienen war, im Literarischen Centralblatt darüber anerkennend berichtet. Auch er zählte damals zu den Liberalen. Nichtsdestoweniger hatte er eine Geschichte der deutschen Kleingewerbe verfaßt, die mit den auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß und in den von diesem beeinflußten Parlamenten und Preßorganen herrschenden wirtschaftlichen Anschauungen in zweifacher Weise in Widerspruch stand. Die herrschende Nationalökonomie hatte aus dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn, das alle Menschen gleichmäßig beseele, die beste

aller Welten abgeleitet, sobald nur die überkommenen Schranken dieses Strebens beseitigt wären. Schmoller dagegen ging von der Beobachtung der einzelnen Tatsachen aus und verlangte, daß man die Wirtschaftspolitik entsprechend den jeweiligen Verhältnissen regele. Daraus ergab sich eine zweite Abweichung von den herrschenden Anschauungen. Nach diesen war jeder wert, zugrunde zu gehen, der nach der Beseitigung der überkommenen Wirtschaftsordnung nicht vorwärts komme. Schmoller dagegen war bei seiner Methode auf unzählige vortreffliche Menschen gestoßen, die trotz größter Anstrengungen, sich selbst überlassen, unverschuldet zugrunde gingen, und erhob mit der ethischen Leidenschaft desjenigen, der auch im Geringsten den Menschen, der Selbstzweck ist, anerkennt, die Forderung nach einer Neuorganisation, sei es durch den Staat, sei es durch freie Vereinigung, wo immer der sich selbst überlassene einzelne nicht imstande sei, sich selbst zu helfen.

Das waren dieselben Gedanken, von denen auch mein Buch über die englischen Gewerkvereine getragen war; die Gemeinsamkeit dieser Anschauungen hat uns zusammengeführt. Dabei bestand wohl von Anfang an ein Unterschied zwischen uns beiden, der allerdings erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schärfer hervortreten sollte. Wir waren beide sowohl für das Wirken freier Organisationen als auch für Eingreifen des Staates, wo der sich selbst überlassene einzelne zu schwach war, seine Persönlichkeit zu wahren und seine Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Aber unsere Stellung zu beiden war doch wohl von Anfang an umgekehrt. Meine englischen Studien hatten mich dazu geführt, die Hoffnung für das Aufsteigen der arbeitenden Klassen in erster Linie in das freie Wirken ihrer Organisationen zu setzen, während es Schmoller weit mehr darauf ankam, dem Staate die Rolle eines Beschützers

der Schwachen zuzuweisen. Daher auch sein Buch über das deutsche Kleingewerbe, wenn auch im ganzen gewerbefreiheitlich gesinnt, mancherlei Maßnahmen, die Gesetzgebung und Verwaltung in der Zeit des Überganges vom Klein- zum Großbetrieb getroffen hatten, freundlicher beurteilte als die führenden Geister des Volkswirtschaftlichen Kongresses. Sein Buch hat daher zwar Bismarcks Anerkennung gefunden; als aber um dieselbe Zeit Gustav Schoenberg, einer der Legatare Ferdinand Lassalles, in einer akademischen Antrittsrede im Interesse der Arbeiter weitgehende Forderungen staatlichen Eingreifens stellte, gab dies H. B. Oppenheim den Anlaß, in der Berliner Nationalzeitung einen denunziatorischen Artikel gegen den „Kathedersozialismus" zu schreiben.

Ich war nicht in diesem Artikel genannt; aber als er erschien, hielt ich mich für in Ehren verpflichtet, darauf zu antworten. Ich hatte mich kurz zuvor in Berlin habilitiert. Ordinarius der Nationalökonomie war zwar schon damals der kurz vorher nach Berlin berufene Adolph Wagner. Aber noch hatte er sein sozialpolitisches Herz nicht entdeckt. Abgesehen von Werken über Bankwesen, Finanzwissenschaft und Statistik hatte er nur eine Broschüre geschrieben gegen den Beschluß der Internationale, das private Grundeigentum abzuschaffen; er galt, wenn nicht als Manchestermann, so doch als sozialpolitisch sehr zweifelhaft. Ich erschien also als der einzige Vertreter der angegriffenen Lehre an der Berliner Universität. Aber welche Erfahrungen mußte ich mit meiner Erwiderung machen! Es fand sich in ganz Berlin keine Zeitung, die bereit gewesen wäre, sie abzudrucken. Schließlich hat ihr Julius Eckardt im „Hamburgischen Correspondenten" Aufnahme gewährt. Von da wurde sie dann von Engel in die Zeitschrift des preußischen Statistischen Bureaus übernommen.

In dieser Entgegnung habe ich ausgeführt, daß der Gegensatz zwischen der die Presse beherrschenden Richtung des Volkswirtschaftlichen Kongresses und den Volkswirtschaftslehrern an den Universitäten in erster Linie ein methodischer sei. Jene gehe von einem Menschen aus, der von nichts anderem beseelt sei als von dem Streben, mit dem geringstmöglichen Aufwand möglichst vollkommen seine Bedürfnisse zu befriedigen; daraus habe sie unter Annahme vollkommener Gleichheit aller Menschen ein in sich abgeschlossenes volkswirtschaftliches Lehrgebäude abgeleitet. Da diese Voraussetzungen nicht zuträfen, stimmten auch die daraus abgeleiteten Lehrsätze mit dem Leben nicht überein. Das mache sich ganz besonders für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter geltend. Daher denn auch die Konkurrenz vereinzelter Arbeiter statt zu deren größtem Wohlergehen zu ihrer Verelendung führe. Begreiflich, daß sich die Arbeiter stets im Gegensatz zu den angeblichen Naturgesetzen dieser abstrakten Schule befunden und, im Widerspruch zu ihren Lehren, statt in der Konkurrenz, in der Koalition das Mittel zur Besserung ihrer Lage erblickt hätten. Wie die Naturwissenschaft, so müsse auch die Volkswirtschaftslehre, von den einzelnen Tatsachen ausgehend, zu allgemeinen Lehrsätzen zu gelangen suchen. Nur auf diese Weise könne sie zu einem mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Lehrgebäude gelangen.

Damit war der Urgrund des Gegensatzes in der Behandlung der Arbeiterfrage seitens der Männer des Volkswirtschaftlichen Kongresses und der neugetauften Kathedersozialisten ausgesprochen. Aber nicht nur in der Arbeiterfrage, auch in der Wohnungsfrage, in Steuerfragen und anderen Fragen führte diese methodische Behandlung zu anderen Stellungnahmen, während in der Frage der Handelspolitik ein Gegensatz noch nicht gegeben war. Denn im

Handel, zumal im auswärtigen Handel, sind die Menschen in der Tat von nichts anderem als dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinne geleitet. Hier also trifft die Annahme zu, aus der die Freihandelsschule ihre Lehrsätze ableitete; und dementsprechend waren damals auch alle Kathedersozialisten noch Freihändler.

Diese Aufnahme des Fehdehandschuhs, welchen Oppenheim den akademischen Nationalökonomen hingeworfen, stieß auf wütende Entgegnungen fast in der gesamten deutschen Presse; denn fast alle Zeitungen standen damals unter der Herrschaft des Manchestertums. Selbst die Konservativen wagten nur zögernd eine entgegengesetzte Meinung zu äußern. Trotzdem waren wir uns bewußt, daß unser Standpunkt der Meinung der Spitzen der deutschen Geisteswelt näher stehe, als der unserer Gegner. Auch Adolph Wagner hatte, als das öffentliche Interesse der Erörterung der sozialen Fragen sich zuzuwenden anfing, sich dafür zu interessieren begonnen und zu allgemeiner Überraschung auf einer Versammlung der Inneren Mission als Prediger für soziale Reform debütiert. Da tat Schmoller den entscheidenden Schritt: er berief eine kleine Zahl von Gesinnungsgenossen zu sich nach Halle. Hildebrand und Conrad kamen aus Jena, Eckardt aus Hamburg, Engel, Adolph Wagner und ich aus Berlin. In Schmollers Haus in Halle wurde das Programm vereinbart, das die Zustimmung der erlesensten Geister Deutschlands fand. Im Oktober 1872 trat in Eisenach die Versammlung zusammen. Die programmatische Eröffnungsrede hat dabei Schmoller gehalten. Ich eröffnete die Verhandlungen mit einem Referat über Fabrikgesetzgebung, Schmoller erstattete ein Referat über Koalitionsrecht und Gewerkvereine, das eine scharfe Kritik an der leider noch immer geltenden ungerechten Gesetzgebung übte; Engel referierte über die Wohnungsfrage. Adolph Wagner wollten

wir kein Referat übertragen; der Antisemitismus, an den sich in seiner auf der Versammlung der Inneren Mission gegen H. B. Oppenheim gehaltenen Verteidigungsrede starke Anklänge fanden, würde unser ganzes Beginnen bedroht haben. Außerdem ließ seine Methode, ähnlich wie die der abstrakten Volkswirte des Volkswirtschaftlichen Kongresses, aus allgemeinen Prinzipien, wie er sich auszudrücken pflegte, „immer noch weitergehende Lehren" abzuleiten, frühzeitig einen Gegensatz zwischen seinen und unseren Bestrebungen hervortreten.

Wir hatten eine schlechte Presse. Das war nicht zu verwundern; denn diese befand sich ja in der Hand unserer Gegner. Aber wir ließen uns nicht einschüchtern, und auf die erste Versammlung folgte eine zweite, auf welcher die Gründung des Vereins für Sozialpolitik beschlossen wurde. Dabei machten allerlei rivalisierende Tendenzen sich geltend; einerseits versuchte es der Kreuzzeitungs-Wagener und sein Adjutant Rudolf Meyer, die Neubildung in den Dienst der Reaktion zu stellen. Sie trafen aber nirgends auf Gegenliebe, außer höchstens bei Adolph Wagner, der schon damals den Übergang von den Nationalliberalen zu den Konservativen suchte. Andererseits war unser damaliger Vorsitzender Gneist bemüht, unserer ganzen entstehenden Bewegung die Spitze abzubrechen und sie ins Lager des Volkswirtschaftlichen Kongresses zurückzueskamotieren. Im übrigen aber war die Frage, ob aus dem Verein ein Agitationsverein werden sollte oder eine Organisation zur sozialpolitischen Drillung von Verwaltungsbeamten. Das erstere schwebte mir vor; denn mir waren die Methoden, wie sie in England zur Eroberung der öffentlichen Meinung zur Anwendung kamen, die geläufigen. Schmoller dagegen hatte bereits mit seinen Studien über die Entwicklung der preußischen Verwaltung be-

gonnen; nach seiner Auffassung war Preußen groß geworden, indem der König von Preußen allzeit ein roi des gueux gewesen sei; in diesem Geiste sollten die deutschen Beamten erzogen werden; er wollte aus dem Verein für Sozialpolitik als Gegenstück zum deutschen Juristentag einen Tag für Verwaltungsbeamte machen. Es lag in der Natur der deutschen Verhältnisse, daß Schmoller mit dieser seiner Auffassung durchdrang; war doch der einzige Resonnanzboden, den wir, da die Arbeiter als Sozialdemokraten uns feindlich gegenüberstanden und das Bürgertum selbstverständlich nichts von uns wissen wollte, für unsere Bestrebungen finden konnten, die Beamtenschaft. In einer Rede über „die soziale Frage und den preußischen Staat" hat Schmoller seinen Grundgedanken eindringlich dargelegt. Nun aber erhob sich aus der Mitte derer, welche die Einladung zur Eisenacher Versammlung mitunterschrieben hatten, Heinrich von Treitschke und schrieb seine Aufsätze über den „Sozialismus und seine Gönner", welche nächst dem gegen mich gerichteten Buche Ludwig Bambergers über die Arbeiterfrage das Arsenal bilden sollten, in dem unsere sonst recht geistesarmen Gegner frohlockend die Waffen fanden. Schmoller antwortete in einem Sendschreiben, das alle Zeit ein Merkstein in der Geschichte der deutschen Staatswissenschaften bilden wird; und nur kurze drei Jahre darauf erlebte er den Triumph, daß der Grundgedanke eben jenes Vortrages, um dessentwillen ihm Treitschke den Fehdehandschuh hingeworfen hatte, von der deutschen Reichspolitik aufgenommen wurde. Nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm begann jene Sozialpolitik, welche dem, was man als das Berechtigte in den Arbeiterbestrebungen anerkennen wollte, von Staats wegen zu genügen bereit war.

Nunmehr war der äußere Erfolg des Vereins für Sozialpolitik

sichergestellt. Es erging ihm wie dem Christentum nach seiner Verstaatlichung durch Constantin. Die Zahl seiner Mitglieder nahm außerordentlich zu; es war ja jetzt nicht mehr gefährlich, sondern eine Empfehlung, sich in ihm hervorzutun; hatte doch Bismarck 1875 zu Schmoller gesagt, auch er sei Kathedersozialist, habe nur keine Zeit, als solcher sich zu betätigen. Dafür wurde der kathedersozialistische Wein aber reichlich verwässert; und damit war auch meine Scheidung von den Bestrebungen der Mehrheit seiner Mitglieder gegeben. Ich konnte mich mit dem Grundgedanken der nunmehr einsetzenden offiziellen Sozialpolitik unmöglich einverstanden erklären; denn er ging auf die Unterdrückung aller auf Erlangung von Selbständigkeit gerichteten Bestrebungen der Arbeiter.

Damit habe ich nicht nur das Sozialistengesetz im Auge, sondern nicht minder die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Letztere hat sich allerdings zu einem Segen für die deutschen Arbeiter entwickelt. Aber daß sie sich so entwickelt hat, ist nicht das Verdienst ihrer Urheber gewesen. Da ich über die Entstehungsgeschichte unserer Arbeiterversicherungsgesetzgebung Näheres weiß, konnte ich mich nie eines Augurenlächelns enthalten, wenn Zentrum und Sozialdemokratie sich um die Ehre, sie hervorgerufen zu haben, stritten. Was dazu den Anstoß gegeben hat, ist weder das Zentrum noch die Sozialdemokratie gewesen, sondern der verstorbene Freiherr von Stumm. Das damals in Deutschland geltende Haftpflichtgesetz hatte sich in jeder Hinsicht als ungenügend erwiesen. Nach ihm sollte einem verunglückten Arbeiter nur dann Schadenersatz werden, wenn die Schuld des Unternehmers oder seines Beauftragten erwiesen sei. Dieser Nachweis war meist schwer zu erbringen. Die Folge war, daß die klagenden Arbeiter, bzw. ihre Hinterbliebenen,

als Regel ihre Prozesse verloren und die weitere Folge große Erbitterung. Es war daher ein glücklicher Gedanke, an die Stelle des Schadenersatzes durch den einzelnen Unternehmer, unter Wegfall der Untersuchung der Schuldfrage, die Unfallversicherung seitens sämtlicher Unternehmer eines Berufs zu setzen. Auf die letzten Gedanken Stumms, des Haupturhebers dieser Neuordnung, wirft aber ein bezeichnendes Licht die Äußerung dieses erbittertsten Gegners der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeiter, daß das Prinzip des Haftpflichtgesetzes verwerflich sei, weil es den Arbeitern ein vor Gericht erstreitbares Recht gegenüber dem Arbeitgeber gebe und damit zur Erschütterung der Autorität der Arbeitgeber führe. Noch mehr trat dieser gegen die Selbständigkeit der Arbeiter sich richtende Gedanke in dem Entwurf eines neuen Krankenkassengesetzes hervor, das zur Durchführung der geplanten Unfallversicherung notwendig wurde. Die im Reichstag eingebrachte Regierungsvorlage wollte die freien Hilfskassen, die bis dahin im Falle von Krankheit Unterstützung gewährt hatten, einfach beseitigen. Der Grund war, daß Unterstützungskassen für den Fall der Krankheit, des Alters und der Invalidität vielfach mit Koalitionsvereinen der Arbeiter verbunden waren und die Wirkung hatten, deren Mitglieder in Zeiten sozialen Friedens bei der Fahne zu halten. Dadurch wurde die Stellung der Arbeiter im Kampfe um die Arbeitsbedingungen verstärkt. Dagegen hatten sich die dem Bergwerks- und Hüttenbesitzer Stumm wohlbekannten Knappschaftskassen, welche den Arbeitern Krankenunterstützung und nach jahrelanger Zugehörigkeit zu einem Werke eine Altersrente in Aussicht stellten, als wirksames Mittel erwiesen, um Selbständigkeitsbestrebungen der Arbeiter hintanzuhalten. An beide Erfahrungen knüpften die Urheber der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung an. Der

von der Regierung im Reichstag eingebrachte Entwurf eines neuen Krankenkassengesetzes sah das Wegfallen der freien Hilfskassen vor. Darauf aber wollte der Reichstag nicht eingehen. Ohne die eigentlichen Absichten bei der erstrebten Unterdrückung der freien Kassen zu durchschauen, meinte er, es liege kein Grund vor, die Kassen, die sich bisher ganz brav gehalten hätten, zu unterdrücken. Sie blieben also am Leben, und ebenso blieb es bei der alten Bestimmung, daß die Zugehörigkeit zu freien Kassen vom Beitrittszwang zu offiziellen Kassen entbinde. Es ist aber bezeichnend, daß Bismarck ebendeshalb zuerst sich weigerte, das so beschlossene Krankenkassengesetz zu kontrasignieren. Lasker, der Führer der damaligen Reichstagsmehrheit, hat mir ausführlich erzählt, wie es stundenlanger, eindringlicher Vorstellungen bedurft hätte, um Bismarck zum Nachgeben zu bewegen. Nur der Hinweis darauf, daß die Arbeiter mit Rücksicht auf ihre geringeren Beiträge zu den offiziellen Kassen sich von den freien abwenden würden, hat Bismarck schließlich zur Unterzeichnung des Gesetzes in der Fassung des Reichstags veranlaßt. Aber gerade die Bestimmung, wonach bei den offiziellen Kassen die Arbeitgeber die Hälfte dessen, was die Arbeiter zahlten, zuschießen mußten, hat dazu geführt, die Kassenverwaltung in die Hände der Arbeiter zu bringen. Zahlten die Arbeiter nämlich zwei, die Arbeitgeber nur ein Drittel der Beiträge, so wurden die ersteren auch zu zwei Drittel, die Arbeitgeber nur zu einem Drittel an der Verwaltung beteiligt. Da die Sozialdemokraten in der Verwaltung der offiziellen Kassen den Ausschlag gaben, wandten sie sich ihnen nunmehr in Massen zu. Man kann sagen: die zur Vernichtung der Sozialdemokratie geschaffenen Kassen wurden zur ersten staatlichen Organisation der Sozialdemokraten.

Um so schlechter erging es unter der Herrschaft des Sozialisten-

gesetzes allen Koalitionsbestrebungen der Arbeiter. Hat doch Herr von Stumm, der, nachdem die Sonderinteressen der Mächtigen 1878 in der Wirtschaftspolitik ausschlaggebend geworden, auch in der Sozialpolitik maßgebenden Einfluß erlangt hat, sogar gegen Einigungsämter als gegen sozialrevolutionäre Einrichtungen protestiert. Von demselben Geiste war der damalige preußische Minister des Innern von Puttkamer erfüllt. Er hat auf Grund des Sozialistengesetzes nicht bloß die damals noch sehr schwachen sozialdemokratischen Gewerkschaften aufgelöst, sondern selbst den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen die größten Schwierigkeiten bereitet; und wie alle Arbeitseinstellungen als gemeingefährlich verfolgt wurden, so wurden auch den Konsumvereinen als Organisationen, welche den Umsturz der bestehenden Ordnung bezweckten, im Interesse des Mittelstands nicht endenwollende Hemmnisse entgegengesetzt.

Unterdessen machte die Wandlung des Vereins für Sozialpolitik zu einer Organisation für Verwaltungsbeamte immer weitere Fortschritte. Er wurde ein eifriger Mithelfer an der gekennzeichneten Ausbildung der Arbeiterversicherung, veröffentlichte teils wertvolle, teils auch recht anfechtbare Arbeiten über Wohnungsnot, Wucher auf dem Land, bäuerliches Erbrecht, bäuerliche Zustände, ländliches Gemeindewesen, Hausindustrie und noch mehr. Dagegen hatte er in den achtziger Jahren kein Wort zur Verteidigung der Koalitionsfreiheit und der freien Entwicklung der Konsumvereine. Wohl aber sympathisierte die Mehrheit mit den im angeblichen Interesse der Handwerker erlassenen reaktionären Neuerungen auf dem Gebiete der Gewerbeordnung. Für seine Haltung zum Sozialistengesetz ist eine Äußerung des damaligen Frankfurter Bürgermeisters Miquel, der in jener Zeit in den Ausschußsitzungen des Vereins eine

hervorragende Rolle spielte, bezeichnend; als wir nach einer solchen Sitzung beim Weine saßen, erhob er sich zu einer Rede, in der er sich zu dem Ausspruche verstieg: „Das infamste Gesetz, ein Gesetz, das uns um 30 Jahre zurückgeworfen hat, ist das Sozialistengesetz" — und, als wir staunend, solches aus seinem Munde zu hören, aufblickten, fügte er unter unserem schallenden Gelächter hinzu: „Wenn sich aber einer der Anwesenden darauf beruft, daß ich das gesagt habe, so leugne ich es."

Da brachte der Tod des alten Kaisers Wilhelm Puttkamers Sturz und der Tod des Kaisers Friedrich die sozialpolitische Inauguration der Regierung Wilhelms des Zweiten. Ein Kaiserwort proklamierte feierlichst die so lange bestrittene Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeiter. Nun setzte auch der Verein für Sozialpolitik die Fortbildung des Arbeitsvertrages wieder auf die Tagesordnung seiner Generalversammlung. Ich wurde zum Referenten ernannt. Schon vorher hatte der Zentralverband der Industriellen Delegierte nach England geschickt, um dort Material zu sammeln, welches die Gefährlichkeit einer Durchführung der proklamierten Gleichberechtigung, den revolutionären Charakter der Gewerkvereine und die Unwirksamkeit der von Herrn von Stumm besonders gehaßten Einigungsämter beweisen sollte. Wenige Monate später bereiste ich dieselben Stätten, die seine Delegierten aufgesucht hatten; denn, um mein Referat zu erstatten, wollte ich mich über die neuesten Erscheinungen aufs laufende setzen. Auf der Frankfurter Generalversammlung des Vereins sind dann der Generalsekretär des Zentralverbandes, Herr Bueck, und ich uns als Referenten entgegengetreten. Nachdem ich gesprochen, entrollte Herr Bueck ein Bild von der in England unmittelbar bevorstehenden sozialen Revolution. Aber seine Kassandrarufe sollten alsbald unter allgemeinem Ge-

lächter verhallen. Ich hatte bei meinem Aufenthalt in Manchester den dortigen Professor der Nationalökonomie Munro beredet, auf der Heimreise aus der Schweiz unsere Frankfurter Versammlung zu besuchen. Nachdem Bueck gesprochen, erhob sich der himmellange Engländer phlegmatisch zur Antwort: „Ich war erstaunt, von der Angabe zu hören, daß England am Vorabend einer Revolution stehe. Sie hatte noch nicht begonnen, als ich England verließ, vor zehn Tagen. Friede herrschte in allen industriellen Mittelpunkten ... In England gehen politische und soziale Reformen vom Volk aus; nicht so in Deutschland. Infolgedessen kann eine Bewegung in Deutschland revolutionär erscheinen, welche in England ein natürliches Moment der Entwicklung ist." Mit demselben Erstaunen sprach Munro von der Angabe Buecks, daß die Einigungsämter vorübergehende Einrichtungen gewesen seien und heute im Begriff wären, zusammenzubrechen; und zum Schluß forderte er auf, der Verein möge die englischen Gewerkvereine durch eigene Anschauung kennenlernen; zu dem Zweck möge er seine nächste Sitzung in Manchester abhalten: „Sollte aber jemand Anstand nehmen, den gefürchteten Gewerkvereinsführern gegenüberzutreten, so könnten wir sie ringsum im Saal in Käfigen absondern; sie würden zur Beruhigung ängstlicher Gemüter gewiß hineintreten." Und er schloß mit der Versicherung, daß das nicht nötig sein würde, der Verein vielmehr des herzlichsten Willkommens sicher sein könne.

Die Frankfurter Versammlung war ein Triumph des Gedankens der Freiheit der Arbeiterkoalitionen. Schmoller freilich hielt mir entgegen: „Sie reden immer von Gewerkvereinen, aber in Deutschland kann ich sie nirgends erblicken." Und in der Tat hatte der entgegengesetzte Fanatismus der Reaktion und der als Folge dieser nur von Revolution träumenden Sozialdemokratie das Auf-

kommen einer gesunden Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bis dahin verhindert. Auch die Frankfurter Versammlung des Vereins für Sozialpolitik hat nicht den Erfolg gehabt, daß die Regierung etwa die Gewerkschaften als die Organisationen der Arbeiter der betreffenden Berufe anerkannt hätte; die Regierung begnügte sich vielmehr mit der Miquelschen Empfehlung von Arbeiterausschüssen; damit glaubte sie das kaiserliche Wort von der Gleichberechtigung von Arbeitern und Arbeitgebern eingelöst zu haben. In Wirklichkeit aber waren die Arbeiterausschüsse eine ganz unzureichende Schöpfung. Sie waren nicht einmal obligatorisch. Dabei erstreckte sich ihre Kompetenz nur auf Erklärungen zu Änderungen der Arbeitsordnung; für die wichtigste Arbeitsbedingung, die Lohnsätze, waren sie völlig bedeutungslos; auch hat die Beschränkung ihrer Mitglieder auf die Arbeiter eines und desselben Betriebs ihnen von vornherein allen Saft und alle Kraft genommen; denn als Folge war es ausgeschlossen, Arbeiter, die von dem betreffenden Arbeitgeber unabhängig waren, insbesondere Gewerkschaftssekretäre, in den Ausschuß zu wählen; die Arbeiter des Betriebs aber, die in den Ausschuß gewählt wurden, konnten, sobald sie unbequem wurden, entlassen werden, womit sie dann auch aus dem Arbeiterausschuß ausschieden. Nichtsdestoweniger war mit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers eines erreicht: Eine Unterdrückung der Gewerkschaften aller Art als gemeingefährlich, wie sie unter Puttkamer, unter Mißanwendung des Sozialistengesetzes, stattgefunden hatte, war nunmehr ausgeschlossen. Damit erst war die Möglichkeit für Bestrebungen auch der sozialdemokratischen Arbeiter gegeben, auf Grundlage der bestehenden Wirtschaftsordnung ihre Lage zu bessern. Sie waren so erfolgreich, daß sie bald die lautesten Befürchtungen sowohl der orthodoxen

Sozialdemokraten, als auch des Unternehmertums wachriefen. Der Kautsky und Genossen, denn sie fürchteten von der erfolgreichen Beschäftigung der Arbeiter mit der Besserung ihrer Lage das Abflauen ihrer revolutionären Stimmung; des Unternehmertums, denn es dachte wie jener englische Arbeitgeber, der mir bei meinem Besuch in England im Jahre 1890 das Lob der deutschen Arbeiterbewegung auf Kosten der englischen gesungen hatte: „Die deutschen Arbeiter wollen nur den bestehenden Staat umstürzen; aber die unseren wollen höhere Löhne." Das wurde wirksam, als auf die sozialpolitische Blüte zur Zeit, da Wilhelm II. den Thron bestieg, der Meltau der Herren Stumm, Krupp und Genossen gefallen war. Zunächst trat das in einem Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung hervor, so daß ich zusammen mit Herrn von Berlepsch, Schmoller und anderen mit Hilfe des Lütticher Professors Mahaim von Brüssel aus den Internationalen Kongreß für gesetzlichen Arbeiterschutz ins Leben rief; er hat dann auch die widerwillig gewordene deutsche Regierung wieder vorwärts getrieben. Aber schlimmer stand es mit dem Koalitionsrecht. Nachdem die bequeme Unterdrückung der Arbeiterkoalitionen mittels des Sozialistengesetzes unmöglich geworden, versuchte man dieses durch ein neues Ausnahmegesetz zu ersetzen. Während man den Unternehmern die volle Freiheit gewährte, sich zum Zweck der Hochhaltung und Steigerung der Preise zusammenzuschließen und gegenüber jedem, der nicht mittat, den Organisationszwang rücksichtslos zur Anwendung zu bringen, erfand man gegenüber den gleichen Bestrebungen der Arbeiter den „Schutz der Arbeitswilligen" und brachte auf Dringen der Unternehmer die famose Zuchthausvorlage im Reichstag ein, die gegen streikende oder ausgesperrte Arbeiter ein neues Ausnahmerecht schaffen wollte. Und als diese unter Entrüstung der

Mehrheit des Reichstages gescheitert war, erfolgte eine verschärfte Anwendung der geltenden Gesetze, um das Ziel, das jene verfehlt hatte, doch zu erreichen. Das geltende Recht, das sonst auf die Innehaltung von Verträgen ängstlich bedacht ist, erklärt alle Vereinigungen und Verabredungen der Arbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen für unverbindlich; es findet daraus weder Klage noch Einrede statt; ihre Beachtung ist somit ausschließlich in die Ehre der Teilnehmer gestellt. Der Arbeiter aber, der einem Wortbrüchigen darob nur den leisesten Vorwurf macht, geschweige denn ihn mit der Verachtung behandelt, wie sie in allen übrigen Gesellschaftskreisen gegenüber Wortbrüchigen als selbstverständlich gilt und daher straflos ist, wurde nach § 153 der GO. mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Diese von allem übrigen Recht abweichende Satzung wurde nun rücksichtslos angewendet; und, wo der § 153 nicht ausreichte, bediente man sich des Groben-Unfug-Paragraphen, um das für den Erfolg eines Arbeitsstillstandes oft unentbehrliche Streikpostenstehen, und des Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuches, um Arbeiter, welche unter Kündigung ihres bisherigen Arbeitsverhältnisses als Bedingung seiner Wiedererneuerung Aufbesserungen verlangen, ihres Koalitionsrechtes zu berauben. Daher mein damaliger Ausspruch, der zu einem geflügelten Wort geworden ist: Der deutsche Arbeiter hat das Koalitionsrecht; wenn er aber davon Gebrauch macht, wird er eingesperrt.

Unterdessen ist die Entwicklung des Vereins für Sozialpolitik zu einer Organisation zur wissenschaftlichen Vertiefung der Verwaltungsprobleme und zur besseren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ausbildung der Beamten immer mehr fortgeschritten. Der Verein hat in den neunziger Jahren des vorigen und im ersten

Jahrzehnt dieses Jahrhunderts vortreffliche Monographien namentlich über die Zustände im Handwerk, in der Hausindustrie, über Kommunalverwaltung, Sparkassen und Steuerfragen, und über Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Großindustrie und über Arbeitgeberverbände veröffentlicht. Da kam der große Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1905. Ganz Deutschland blickte atemlos auf das Ruhrrevier. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft war in Mitleidenschaft gezogen; es war augenscheinlich, daß der Zustand, wonach es in das Belieben einiger weniger industrieller Herren gestellt war, durch Aussperrung von Hunderttausenden von Arbeitern die gesamte deutsche Volkswirtschaft lahmzulegen, nicht länger erträglich war. Da setzte der Verein für Sozialpolitik die Fortbildung des Arbeitsvertrages gleichzeitig mit den Kartellorganisationen der Unternehmer auf die Tagesordnung seiner Generalversammlung. Abermals war ich Referent und verlangte eine Neuordnung des Arbeitsverhältnisses auf Grundlage des kollektiven Arbeitsvertrages sowie, daß die in diesem festgesetzten Arbeitsbedingungen für alle in einem Gewerbe Tätigen als rechtsverbindlich anerkannt würden. Dabei benutzte ich die Gelegenheit, die systematische Untergrabung aller den Arbeitern durch die Gewerbeordnung zuerkannten Freiheiten durch die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen an der Hand von deren Statuten unanfechtbar klarzulegen. Gerade die gleichzeitige Behandlung nicht nur der Duldung, sondern geradezu vielfachen Förderung der Unternehmerkartelle durch Gesetzgebung und Verwaltung und der unter wohlwollendem Verhalten der Regierung stattfindenden Verkümmerung der durchaus analogen Arbeiterkoalitionen durch ebendieselben Arbeitgeber, machte die Darlegung um so eindrucksvoller. Die Mannheimer Versammlung von 1905, auf der dies verhandelt

wurde, hat bei dem Großunternehmertum einen Sturm der Entrüstung entfesselt. Seine Vertreter gründeten eine gegen die auf den Kathedern herrschende Richtung gerichtete „Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung"; sie verlangte von den Regierungen, daß die nationalökonomischen Lehrstühle fortan mit Männern besetzt würden, welche ihren Sonderinteressen größeres Verständnis als die verhaßten Kathedersozialisten entgegenbrächten. Weil ich, obwohl leider sehr vereinzelt, gegen die Getreidezölle geschrieben hatte, hatten sich auch Großagrarier dieser Vereinigung angeschlossen, ja der bayerische Minister von Soden erwies mir die Ehre, als Mitbegründer der Vereinigung in öffentlicher Versammlung zu erklären, daß diese aus Vertretern der Großunternehmung in Industrie und Landwirtschaft bestehende Gesellschaft speziell zu meiner Bekämpfung ins Leben getreten sei. Noch einmal habe ich in meinem Alter die Kämpfe meiner Jugend durchmachen müssen, nur daß meine Gegner nunmehr weit geistloser waren; ja, die Soldschreiber für Sonderinteressen haben mich genötigt, sie vor Gericht zu ziehen; die von mir Verklagten wurden unter Übernahme sämtlicher Kosten genötigt, die gegen mich gerichteten Vorwürfe unter dem Ausdruck des Bedauerns bedingungslos zurückzunehmen. Die Kosten haben den Hauptbeklagten allerdings nicht gedrückt, denn der Bayerische Industriellenverband beschloß, die gesamten Unkosten des gegen ihn gerichteten Strafverfahrens zu tragen, und der erste Präsident dieses das Gericht verhöhnenden Vereins wurde bald darauf zum Reichsrat der Krone Bayerns ernannt.

Unterdessen hatte die Gewerkschaftsbewegung trotz aller sie verfolgenden Mißgunst einen Aufschwung genommen, wie die sanguinischste Hoffnung ihn sich nicht hatte träumen lassen. Die deutschen Gewerkschaften, die Schmoller 1890 noch nirgends glaubte

erblicken zu können, zählten am 31. Dezember 1913 4 641 361 Mitglieder. Desgleichen war die Mitgliederzahl der vor dem Kriege kaum minder als die Gewerkschaften verpönten Konsumvereine auf 1 956 868 am 31. Dezember 1913 gestiegen.

Da kam der Krieg. Er hat vor allem den Triumph derjenigen Kathedersozialisten gebracht, welche weit über ein Menschenalter unter Schmähungen und Verleumdungen für die Anerkennung der Gewerkschaften als der Vertretung der Arbeiter der verschiedenen Berufe gekämpft hatten. Was sie verlangt hatten, wurde jetzt verwirklicht. Der deutsche Staat und die Gewerkschaften haben sich gefunden. Als der Krieg ausbrach, bestand in Regierungskreisen große Besorgnis, wie diese sich dazu stellen würden. Würden sie dem Heeresruf ohne weiteres sich fügen? Ein bloßer Ausstand der Rüstungsarbeiter konnte alles gefährden. Aber alle Besorgnisse waren unnötig. Kein Mann, der bei der Einberufung gefehlt hätte. Die Gewerkschaften stellten alle Interessenkämpfe ein, desgleichen alle übrigen Unterstützungszweige außer der Arbeitslosenunterstützung; dagegen unterstützten sie die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder in dringender Notlage und sicherten den Familien der ins Feld gezogenen Gewerkschaftsangestellten die Hälfte des bisherigen Gehalts. Die Regierung aber erkannte den großen Vorteil, den ihr das Bestehen großer Arbeiterorganisationen gab, auf die sie sich bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen konnte.

Nun frage ich: Wo wäre das Deutsche Reich geblieben, wären die deutschen Gewerkschaften am 4. August 1914 die vaterlandslosen Gesellen gewesen, als welche sie diejenigen verdächtigt hatten, die ihnen die Rechte verweigern wollten, deren sich die Unternehmerverbände anstandslos erfreuten! Wir, die wir sie besser kannten,

haben uns mehr als 40 Jahre bemüht, für sie gleiches Recht zu erkämpfen, und wenn wir auch noch sehr Wichtiges zu erreichen haben, so sind wir doch in der Abwehr der Angriffe auf ihre elementarsten Rechte erfolgreich gewesen; die Folge war, wie das Büchlein Paul Umbreits über die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg bezeugt, daß die Arbeiter das Bewußtsein erlangt haben, daß sie im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben vermögen. Das ist's, was sie in der Stunde von des Vaterlandes größter Gefahr alle erlittene Unbill vergessen ließ. Hätten sie anders gehandelt, wären sie diejenigen gewesen, als welche ihre Gegner jahrzehntelang sie verleumdet hatten, das Deutsche Reich wäre an der Schwelle des Krieges zusammengebrochen. Das haben auch die deutschen Regierungen anerkannt, als am 14. November 1914 deutsche und preußische Minister, Generäle und Admiräle, Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften, selbst des preußischen Herrenhauses, und Oberbürgermeister dem Hauptquartier der deutschen Gewerkschaftswelt, dem Berliner Gewerkschaftshause, einen langen Besuch abstatteten.

Im Gegensatz zu den Arbeitern haben andere Kreise die auf sie gesetzten Erwartungen nicht gerechtfertigt. Vor allem mußten diejenigen, welche, wie Adolph Wagner, das private Grundeigentum mit Rücksicht auf die politische Bedeutung des Rittergutsbesitzers und Bauern gerechtfertigt hatten, eine Enttäuschung erfahren. Nach ihnen ist der Eigentümer der Träger eines Amts, das er im Interesse der Gesamtheit zu verwalten hat; der Besitz von Produktionsmitteln bedeutet für sie weniger das Recht zur Erweiterung der Persönlichkeit als die Möglichkeit, Pflichten zu erfüllen. Wir mußten aber fortwährend hören, daß der Grundbesitzer nicht die nötige Arbeitsfreudigkeit habe, wenn die Höchstpreise nicht höher festgesetzt

würden; und selbst Hindenburg mußte angerufen werden, um ihn zu veranlassen, seine Ware zu Markt zu bringen. Ein eigentümliches Pflichtbewußtsein, das nur durch immer weitere Steigerung der Preise veranlaßt werden kann, sich zu betätigen!

Desgleichen hat die Beamtenschaft die zur Bewältigung der ihr gestellten Aufgaben nötige wirtschaftliche und soziale Schulung vermissen lassen. Wir leiden heute an allem Mangel, selbst an Waren, die wir früher im Überfluß ausgeführt haben. Da haben wir, seitdem der Krieg das Deutsche Reich von der Außenwelt nahezu abgeschlossen hat, eine Fülle von behördlichen Ämtern errichtet, welche dafür sorgen sollen, daß allen das Nötigste zukommt. Aber wo man hinhört, erschallen über ihr Ungenügen nur Klagen. Die Produzenten klagen über zu niedrige, die Konsumenten über zu hohe Preise und über Mangel. Die alte Behauptung über die Unfähigkeit der Bureaukratie zur Leitung des Wirtschaftslebens hat neue Nahrung erhalten. Schließlich hat man die Erfahrungen, welche Dr. August Müller in der Leitung der vorher so übel angesehenen Konsumvereine gesammelt hat, sich zu Nutzen zu machen gesucht, indem man diesen Sozialdemokraten zum Unterstaatssekretär ernannte.

Aber noch wichtiger werden die Anleihen sein, die man bei dem von mir vertretenen Programm nach Rückkehr des Friedens wird machen müssen. Eine unerhörte Aufgabe wird vor uns stehen. Seit Beginn des Krieges haben wir nur Wertvernichtung produziert. Eine kaum zu denkende Schuldenlast wird uns bedrücken. Es wird darauf ankommen, alle vernichteten Werte zu ersetzen, die nichtproduzierten nachzuholen und dem laufenden Bedarf, der, wenn wir unsere Stellung inmitten der Völker erhalten wollen, größer denn je sein wird, zu genügen. Das wird nur möglich sein, wenn

wir mit der äußersten Ausnutzung aller Kräfte und dem größten Zuratehalten der Vorräte unser Wirtschaftsleben neu organisieren. Daher ich auch nicht denen zustimmen kann, welche von einer Ersetzung der Privatwirtschaft durch Gemeinwirtschaft träumen. Ohne ein paar Monopole wird's freilich nicht abgehen. Aber wie sollen wir die durch den Krieg verschärfte Handelsfeindseligkeit unserer Feinde bestehen ohne die Initiative jener findigen Unternehmer, die von der Aussicht auf Gewinn, wenn nicht als von der einzigen, so doch der Haupttriebfeder ihres Handelns geleitet werden! Denn daß das Gewinnstreben jemals in dem Verantwortlichkeitsgefühl der Betriebsleiter genügenden Ersatz finden könnte, ist doch nur eine Sonntagsidee Walther Rathenaus, die zumal in der Zeit des überwuchernden Kriegswuchers von niemandem ernst genommen werden dürfte.

Im übrigen kann ich mich aber wohl den Forderungen anschließen, die Walther Rathenau in seinen „Problemen der Friedenswirtschaft" gestellt hat. Sie sind ganz im Geiste seiner „Organisation der Rohstoffversorgung", ohne die das Deutsche Reich schon am Ende des ersten Kriegsjahrs gezwungen gewesen wäre, vor seinen Feinden zu kapitulieren. Jeder Mann wird, wie er gesagt hat, gebraucht werden. Kein Werkzeug darf feiern. Die verschwenderische Zersplitterung in viele Betriebe, wo ein oder wenige Betriebe ausreichen, muß aufhören. Das muß zu einem völligen Bruch mit jener Mittelstandspolitik führen, welche, um einige Unfähige zu erhalten, die größtmögliche Produktion mit dem geringsten Aufwand zu hindern sucht. Der Druck der Not wird stärker sein als alle Remonstrationen der dadurch Betroffenen und alle beschwichtigenden Erklärungen von Regierungsmännern. Die Zusammenlegung der Betriebe, die bereits begonnen hat, wird im Interesse der größten

Kräfteersparnis in die Friedenszeit überdauern müssen. Dagegen scharfe Kontrolle der konzentrierten Betriebe durch den Staat, wie die Kathedersozialisten sie auf ihrer vielgeschmähten Mannheimer Versammlung gefordert haben.

Ganz besonders auch muß dafür gesorgt werden, daß uns die zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unentbehrlichen arbeitsfreudigen Arbeiter zur Verfügung stehen. Das haben die maßgebenden Regierungskreise denn auch bereits eingesehen. Nicht nur, daß sie den Kampf um die preußische Wahlreform resolut aufgenommen und erklärt haben, daß sie mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht stehen und fallen, jener § 153 der Gewerbeordnung, um dessen Beseitigung ich mein Leben lang so bittere Kämpfe habe durchmachen müssen, soll endlich abgeschafft werden. Ein Gesetzentwurf, der in dem einen Satze besteht: „Der § 153 der Gewerbeordnung wird aufgehoben", ist vom Reichskanzler unter Zustimmung des Bundesrats im Reichstag eingebracht. Schon hat ihn der Reichstag in zwei Lesungen angenommen; es besteht kein Zweifel, daß er ihn auch in dritter Lesung annehmen wird. Damit wird die Forderung meines Vortrags vom 28. Februar 1912 erfüllt sein, die den damaligen bayerischen Minister des Innern Freiherrn, jetzt Grafen, von Soden-Frauenhofen in so große Aufregung versetzt und zu meinen erwähnten Prozessen den Anlaß gegeben hat.

So steht's mit dem „System Brentano", das nach Äußerung des Abgeordneten Held in der Zweiten Kammer des Bayerischen Landtags zusammengebrochen ist. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik hat es sich entweder schon bewährt oder ist im Begriff, sich durchzusetzen. Wie steht's mit ihm auf dem Gebiete der Handelspolitik?

Über alten und neuen Merkantilismus

Im Ausschuß der bayerischen Reichsratskammer wurde am 11. und 12. April der Kultushaushalt beraten. Nach den Zeitungen ist dabei Graf von Soden-Frauenhofen auf die Wiederbesetzung meines Lehrstuhls zu sprechen gekommen und hat erklärt:

„Ich lege den allergrößten Wert darauf, in welcher Weise die Neubesetzung erfolgt: Wenn der Krieg eine Lehre gegeben hat, so ist es die, daß es als eine Notwendigkeit erscheint, das Schutzzollsystem beizubehalten; diese Professur ist daher mit einem Herrn zu besetzen, der ein Anhänger dieses Prinzips ist, nicht aber der Freihandelslehre. Bei aller Anerkennung der Freiheit der Wissenschaft ist es mehr als beklagenswert, wenn der Unterricht an den Universitäten den Staatsbeamten in einer anderen Richtung gegeben würde, als die Gesetzgebung ihren Weg geht und voraussichtlich auch in der nächsten Zukunft gehen wird. Der Wunsch ist daher berechtigt, daß eine Auswahl in der Richtung erfolgt, daß ein Schutzzöllner diese Professur erhält."

Einst sind auch die deutschen Landwirte Freihändler gewesen — auch Herr von Soden. Noch 1876, als die deutschen Eisenindustriellen für eine Hinausschiebung des Fortfalls der Eisenzölle über den 1. Januar 1877 agitierten, erklärte das Statut der agrarischen Steuer- und Wirtschaftsreformer § 3: „Auf der Grundlage des Freihandels stehend, sind wir Gegner der Schutzzölle", und die Eisenzölle kamen zu Fall. Bei der Freiheit der Wissenschaft, wie Graf Soden sie meint, hätte also bis 1878 der Professor der Volkswirtschaftslehre Freihändler sein müssen, um nach der Veröffentlichung des Schreibens des Fürsten Bismarck vom 15. Dezember 1878 umzufallen. Danach soll die Volkswirtschaftslehre herabgedrückt

werden auf die Stellung des Redakteurs jener vom Freiherrn von Stumm ausgehaltenen Zeitung, von dem er verlangt hat, daß er einschwenke wie ein Feldwebel, oder um einen vornehmeren Vergleich zu wählen, auf die Rolle des Chors in der antiken Tragödie. Der Leser erinnere sich an eine der berühmtesten Tragödien. Da ist Kreon, der soeben die Berechtigung seines Einschreitens gegen Antigone in längerer Rede auseinandergesetzt hat, und alsbald fällt der Chor ein:

„Uns scheint, wofern das Alter nicht den Sinn betrügt,
Daß du mit Einsicht sprachest, was wir angehört";

aber nachdem Hämon dem Kreon geantwortet hat, fährt der Chor fort:

„O Herrscher! Billig mußt du, sagt er Treffendes,
Ihn hören, du den Vater: beide spracht ihr gut."

Oder — wenn Antigone, um lebendig begraben zu werden, wehklagend abgeführt wird, ruft der Chor ihr nach:

„An der Herrschermacht
Zu freveln, stehet nimmer frei;
Gestürzt hat dich der eigene Starrsinn."

Nachdem aber die Versündigung eben der Herrschermacht Kreons an Antigone dazu geführt hat, daß sich Kreons Sohn Hämon neben Antigones Leiche erhängt, bekennt sich der Chor zu eben der Weisheit, um derentwillen Antigone in den Tod ging:

„Am Göttlichen darf
Nie freveln der Mensch!
Großsprecherisch Wort
Der Vornehmen fühlt den gewaltigen Schlag
Der bestrafenden Hand
Und lehret im Alter die Weisheit."

Ich habe schon 1896 die Auffassung, daß sich die Volkswirtschaftslehre dieses zittrige Schwanken und mattherzige Nachhinken zum

Muster zu nehmen habe, als die demütigendste Zumutung, welche der Wissenschaft gemacht werden könne, zurückgewiesen, und mit stolzer Verachtung haben bis jetzt die deutschen auf jene amerikanischen Universitäten herabgesehen, in deren Statuten sich eine Bindung von Forschung und Lehre findet, wie sie Graf Soden verlangt. Ich zweifle nicht, daß sie diesem Geiste auch fernerhin treu bleiben werden, und es wäre eine pflichtwidrige Schwäche der Unterrichtsministerien, wollten sie unter dem Druck von Sonderinteressenten bei Besetzung von Professuren vergessen, „daß der Lebensnerv der Universitäten diejenige Forschung ist, die", um mit Mommsen zu reden, „nicht das findet, was sie nach Zweckerwägungen und Rücksichtnahmen finden soll und finden möchte, was anderen außerhalb der Wissenschaft liegenden praktischen Zwecken dient, sondern was logisch und historisch dem gewissenhaften Forscher als das Richtige erscheint".

Aber — um von dem Attentate des Grafen Soden auf die Freiheit der Wissenschaft vollständig abzusehen — ist denn das übrige richtig, was er und mit ihm viele andere behaupten? Lehrt der Krieg wirklich die Notwendigkeit, das Schutzzollsystem beizubehalten? Lehrt er nicht vielmehr die Abkehr von ihm, wenn sich nicht die Menschenschlächterei und unersetzliche Zerstörung von ethischen und materiellen Werten, deren Zeugen wir sind, in verstärktem Maße wiederholen sollen? Vor allem: Ist es wahr, daß, was ich gelehrt habe, durch den Krieg als in jeder Beziehung irrig dargetan worden ist?

I.

Ich bin davon ausgegangen, daß die landwirtschaftlich benutzte Fläche des Deutschen Reichs von 36 726 015,4 Hektar im Jahre 1878 auf 35 055 397,6 Hektar im Jahre 1900 gesunken ist (im

Jahre 1913 waren es nur mehr 34 813 773,6 Hektar.) Gleichzeitig ist die Bevölkerung jährlich um 800 000 Köpfe und mit ihrer fortschreitenden Industrialisierung ihr Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten gestiegen. Bei steigendem Bedarf hat also der zur Deckung desselben verfügbare Boden von 1878 bis 1900 jährlich um 0,95 Ar, d. h. nahezu 1 Ar, pro Kopf der Bevölkerung abgenommen. Daher es trotz steigender Hektarerträge unmöglich sei, den Bedarf der deutschen Bevölkerung an landwirtschaftlichen Produkten auf heimischem Boden zu decken. Wohl sei es möglich, die Produktion einzelner Früchte, so von Roggen und Hafer, künstlich so sehr zu treiben, daß davon sogar ein Überschuß ausgeführt werden könne. Aber in dem Maße, in dem dies stattfinde, müsse die Produktion anderer Früchte zurückgehen. So sei, während die dem Getreidebau gewidmete Anbaufläche unter dem Einfluß der Getreidezölle gewachsen sei, die von Buchweizen, Hirse, Mais, Erbsen, Linsen, Bohnen, Wicken, Lupinen, Möhren, Wasserrüben, Raps, Mohn, Senf, Flachs, Hanf, Hopfen, Zichorien, Esparsette, Spörgel zurückgegangen, und die Viehweiden hätten abgenommen; wenn unser Einfuhrscheinsystem es mittels der Ausfuhrprämien, die es gewähre, fertiggebracht habe, daß wir mehr Roggen und Hafer aus- als eingeführt hätten, so haben doch trotz allen Zollschutzes der Weizenbedarf des deutschen Volks zu ungefähr einem Drittel, sein Gerstenbedarf in noch größerem, und zwar steigendem Maße durch Einfuhr aus dem Ausland gedeckt werden müssen, und es hat im Jahre 1913 die Einfuhr von Pferden nach Deutschland die Ausfuhr um 136 126 Stück, die von Rindvieh die Ausfuhr um 250 917 Stück und die von Schweinen die Ausfuhr um 146 411 Stück übertroffen.

All das ist unbestreitbar. Auch ist mir kein Vertreter unserer

„bewährten Wirtschaftspolitik" bekannt, der es bestritten, allerdings auch keiner, der dabei verweilt hätte. Dagegen betont man um so mehr die Notwendigkeit, die Hektarerträge des landwirtschaftlich benutzten Bodens zu steigern. Steigende Erträge ließen sich aber nur durch intensiveren Anbau erzielen, intensiverer Anbau setze steigende Fruchtpreise voraus, und diese ließen sich nur durch Zollschutz herbeif hren. Wo aber wäre Deutschland geblieben, hätte es auf meine Ratschläge gehört? Infolge der Kriegserklärung Englands hatte der deutsche Überseehandel nahezu völlig aufgehört. Willenlos würde es dem Diktate rücksichtsloser Feinde preisgegeben sein, wäre es durch unsere Zollpolitik nicht dazu erzogen worden, sich selbst zu genügen. Ohne diese würde es trotz aller Siege genötigt gewesen sein, vor einem besiegten Feinde zu kapitulieren.

Darauf antworte ich dreierlei:

1. Es ist richtig, daß die Gefahr, ausgehungert zu werden, für uns besteht. Soweit sie besteht, hat sie aber nicht erst seit Ausbruch des Kriegs, sondern schon im Frieden bestanden, und zwar nicht, weil es uns an Getreidezöllen gefehlt hätte, denn wir haben Getreidezölle gehabt, und zwar recht hohe. Die Gefahr würde sogar noch größer sein, wenn es als Wirkung noch höherer Getreidezölle gelungen wäre oder nach dem Frieden gelingen würde, den ganzen deutschen Getreidebedarf im Inland zu erzeugen. Wir haben nämlich unsere bisherige Ernte nur mittels der jährlichen Mehreinfuhr von rund 3 Millionen Tonnen ausländischer Düngemittel und weit über hunderttausend Pferden und die Inanspruchnahme von nahezu einer halben Million ausländischer Wanderarbeiter erzeugen und in die Scheunen bringen können. Hätten wir unseren gesamten Getreidebedarf auf heimischem Boden erzeugt, so würden wir dazu eine noch größere Einfuhr von Düngemitteln und Pferden und

einen noch größeren Zuzug fremder Wanderarbeiter benötigt haben. Selbst wenn man davon absieht, daß eine sich selbstgenügende Volkswirtschaft, die nur auf Grund gesteigerter Einfuhr ausländischer Düngemittel und Pferde und vermehrter Zuwanderung fremder Arbeitskräfte möglich wäre, ein Widerspruch in sich selbst ist, so bestand doch schon im Frieden die gleiche Gefahr, ausgehungert zu werden, wie jetzt im Kriege; denn jederzeit vermochten unsere Nachbarn durch Ausfuhrverbote und Grenzsperren die Ausfuhr von Düngemitteln und Pferden und den Abzug von Hunderttausenden von Wanderarbeitern zu verhindern. Sogar ein so eifriger Verteidiger der Getreidezölle wie Geh.-Rat Sering-Berlin hat zugestanden, daß es selbst mitten im Frieden vom guten Willen unserer Nachbarn abhänge, ob wir unsere Äcker bestellen und abernten können, und bekanntlich haben die Russen, als Witte Minister war, die Abwanderung von Arbeitern nach Deutschland einmal vorübergehend gesperrt. Also die Gefahr, ausgehungert zu werden, hat mit Schutzzoll und Freihandel gar nichts zu tun. Sie wurzelt darin, daß es uns ebenso wie an der zur Deckung unseres Getreidebedarfs nötigen Bodenfläche, so auch an den dazu nötigen Düngemitteln, Gespannen und Arbeitskräften fehlt. Nun haben wir unseren gesamten Getreidebedarf nicht auf deutschem Boden erzeugt und sind heute zwar sehr knapp an Brotfrüchten, Vieh und animalischen Erzeugnissen, aber doch nicht ausgehungert, und dies, obwohl wir jene ausländischen Düngemittel entbehren, unser Pferdebestand außerordentlich zurückgegangen ist, und wir nahezu eine halbe Million fremde Wanderarbeiter verloren haben. Für letztere steht uns allerdings eine weit größere Anzahl Kriegsgefangener zur Verfügung. Aber ihre Leistungen ersetzen doch nicht die jener Millionen deutscher Arbeiter, die im Felde stehen. Und da die deutsche Land-

wirtschaft an dem aus der Luft gewonnenen Stickstoff noch keinen Anteil erhalten hat, welcher die aus dem Ausland eingeführten Düngemittel ersetzen könnte, und gegen den Ersatz von Gespannarbeit und menschlicher Arbeit durch Motoren, die gleichzeitig auch als Traktor dienen würden, noch Vorurteile bei den Bauern bestehen, die unter dem Beifall der agrarischen Presse von Männern wie Ludwig Thoma genährt werden, ist das Gegenteil jener Steigerung der Hektarerträge eingetreten, auf die man uns als Trost für die durch die Getreidezölle bewirkte Verteuerung des Lebens und die damit zusammenhängenden Nachteile verwiesen hat und verweist. Die landwirtschaftlichen Erträge sind von 1913 bis 1915 empfindlich zurückgegangen, bei Roggen von 19,7 auf 14,3, bei Weizen von 23,6 auf 19,2, bei Gerste von 22,1 auf 15,3, bei Hafer von 21,9 auf 13,0, bei Kartoffeln von 158,6 auf 151,1 und bei Wiesenheu von 49,3 auf 40,6 Doppelzentner pro Hektar[1]). Dabei ist zu berücksichtigen, daß allerdings Herr von Batocki erklärt hat, die im Frieden über die Ertragsteigerungen gemachten Angaben hätten sich als viel zu hoch herausgestellt, was ein eigentümliches Licht wirft auf die durch die Getreidezölle angeblich bewirkten Ertragsteigerungen. Wie es sich aber auch damit verhalten mag, jedenfalls stehen uns trotz aller Getreidezölle heute sehr geringe Erträge zur Verfügung.

2. Aus dem eben Gesagten geht eine zweite Antwort auf die gegen mich erhobene Anklage hervor: nämlich, daß die Gefahr, ausgehungert zu werden, durch unsere „bewährte Wirtschaftspolitik" nicht beseitigt worden ist. Das steht freilich in schreiendem Widerspruch zu der von den berufenen Vertretern der deutschen Landwirtschaft und den von ihnen beeinflußten Regierungskreisen bis

---

1) Siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 38. Jahrgang 1917. S. 18.

zum Überdruß wiederholten Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren. Da gibt es eine Broschüre von Friedrich Edlen von Braun, früher Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft im kgl. bayer. Ministerium des Innern, betitelt „Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden?" Als ich dem kgl. bayer. Staatsministerium die Eingabe an das Reichsamt des Innern zur Kenntnisnahme überreichte, welche ich zusammen mit einer Anzahl Akademiker, Politiker, Führern von freien und christlichen Gewerkschaften und Dr. Heim am 1. November 1914 zu Nürnberg vereinbart hatte, in der wir auf die der deutschen Volksernährung drohenden Gefahren aufmerksam machten und Maßnahmen zur Abwehr derselben in Vorschlag brachten, hat mich das Ministerium in einem sehr freundlich gehaltenen Schreiben durch Hinweis auf diese Broschüre zu beruhigen gesucht. Auch sonst scheint sie Beifall gefunden zu haben, da Edler von Braun bald darauf zum Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt ernannt worden ist. Die Broschüre ist typisch dafür, wie leicht sich die Verteidiger unserer „bewährten Wirtschaftspolitik" die Beantwortung der dem deutschen Volke gestellten Schicksalsfrage machen. Da Edler von Braun nicht imstande war, zu bestreiten, daß Deutschland seinen Weizenbedarf nicht selbst zu erzeugen vermöge, schmähte er das deutsche Volk, daß es sich mehr und mehr vom Verbrauch von Roggen dem von Weizen zuwende. Die Lehre der Physiologen[1]), daß das Weizenbrot vermöge seines höheren Gehalts an verwertbarem Eiweiß den Ernährungsbedürfnissen einer städtischen Bevölkerung besser angepaßt sei als das Roggenbrot, woraus sich dann auch der mit seiner fortschreitenden

[1]) Vgl. Otto Cohnheim, Die Physiologie der Verdauung und der Ernährung. Berlin 1908. 22. und 23. Vorlesung.

Industrialisierung steigende Weizenkonsum Deutschlands erklärt, bezeichnet er kurzerhand als „nichts als Geflunker"[1]). Dieser habe seinen Grund lediglich im Interesse des allbekannten Sündenböcke der Agrarier: des überseeischen Getreidehandels, der Großmühlen und der Bäcker, die alle aus dem Verkauf und der Verarbeitung des Weizens, bzw. aus dem Verbacken von Weizenmehl, einen größeren Gewinn zögen als aus der Verwertung des einheimischen Roggens. „Denn nach dem Gutachten unanfechtbarer medizinischer Autoritäten besteht kein Zweifel darüber, daß Roggenbrot für die Ernährung und die Gesundheit zuträglicher ist als Weizenbrot, und daß die Weizenbrotnahrung rassenhygienisch eine Verweichlichung und Entartung bedeutet", und dabei beruft er sich auf Rubner, der noch 1904 in einem für die weitesten Kreise bestimmten Büchlein ge-

[1]) Schon am 4. Mai 1912 hat Edler von Braun als Regierungskommissar in der bayerischen Kammer der Abgeordneten zugunsten des Roggenkonsums gegen den Weizenkonsum geeifert und sich dabei folgende gegen mich gerichtete Bemerkungen geleistet: „Die Herren Professoren sind nicht nur darauf gekommen, daß die industrielle Bevölkerung kein Roggenbrot mehr verträgt, ein ganz gelehrter Professor stellte sogar die Behauptung auf, die industriellen Arbeiter des Rheinlands hätten einen halben Meter kürzeren Darm als die ostelbischen Landarbeiter und könnten infolgedessen die rauhe Kost, die auf Deutschlands Fluren wächst, nicht mehr vertragen, sondern müßten sich ausschließlich mit Fleisch und Weizenbrot ernähren". Das Haus mit seiner agrarischen Zentrumsmehrheit jubelte; denn es wußte, daß der Ausfall des Edlen von Braun gegen die Professoren gegen mich gerichtet war. Nun bin es aber nicht ich gewesen, dem die die Heiterkeit des Landtags auslösende Behauptung zu danken ist; ich hatte in meiner Denkschrift über die deutschen Getreidezölle 2. A. S. 12 lediglich in einer Anmerkung aus Dr. Graßl, Blut und Brot, München 1905, S. 22 den Satz abgedruckt: „Ein erfahrener Gerichtsarzt behauptet, daß die ostelbische Bevölkerung einen um 0,5 m längeren Darm hat als die industrielle der Rheinprovinz". Dr. Graßl ist aber weder Professor noch ein Gegner der Getreidezölle; er ist ein konservativ gerichteter bayerischer Arzt. Die Verdrehung ist aber charakteristisch für die Art der Polemik des Edlen von Braun. Seine Broschüre steht auf gleicher Höhe.

schrieben hat[1]): „Schwarzbrot wirkt auf die Dauer ungünstiger als Weizenbrot", um mit dem patriotischen Ausruf zu schließen: „Hoffentlich bringt uns die Kriegszeit wieder dazu, unsere Volksernährung in der Hauptsache auf den Konsum von Roggenbrot zu stützen, aus dem das Germanentum seit Jahrtausenden seine unversiegliche Kraft und Gesundheit geschöpft hat."

Eine solche Beweisführung kommt dem Eingeständnis gleich, daß man nichts zu sagen hat. Da die Tatsache der unzureichenden Weizenproduktion sich nicht bestreiten läßt, hat die Tatsache unrecht; sie ist ungermanisch. Nur schade, daß die Angelsachsen, welche, auch wenn sie zur Zeit unsere Feinde sind, nichtsdestoweniger Germanen bleiben, in demselben wirtschaftlichen Entwicklungsstadium, in dem wir uns in den Dezennien vor dem Kriege befanden, gleichfalls vom Roggen- zum Weizenbrot übergegangen sind, seitdem trotz dieser rassenhygienischen Verweichlichung und Entartung noch recht Erkleckliches geleistet haben und uns zur Zeit durch ihre zähe Tapferkeit recht viel zu schaffen machen. Wäre es nicht weit ehrlicher, zu sagen, der Weizenverbrauch sei unvölkisch, weil die deutsche Landwirtschaft dabei nicht so viel wie beim Roggenverbrauch zu verdienen vermöge?

Nicht anders steht es mit dem Ersatz, den Edler von Braun für die infolge des Kriegs fehlende Einfuhr von Weizen, Futtermitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen schaffen will. Er behauptet, daß wir ganz sicher auch bei längerer Kriegsdauer mit Brotgetreide ausreichen würden, wenn 1. jede Verwendung zu gewerblichen und zu Fütterungszwecken unter-

---

[1]) Prof. Dr. med. Max Rubner, Geh. Medizinalrat in Berlin, Unsere Nahrungsmittel und die Ernährungskunde. Stuttgart 1904. S. 111. Bibliothek der Gesundheitspflege, Band 20.

bleibe, 2. der Weizen teilweise durch Roggen, Gerste und Kartoffeln ersetzt werde und 3. eine möglichst sparsame Verwendung durch die höchstmögliche Mehlausbeute bei der Vermahlung stattfinde. Was an Vorschriften zur Erfüllung dieser Forderungen erlassen werden konnte, ist erlassen worden; wenn trotzdem namentlich die erste nur sehr unvollkommen erfüllt worden ist, so liegt es bloß an den allzu viel Rücksichten, welche das Kriegsernährungsamt, dessen Vorstandsmitglied Edler von Braun ist, auf seine agrarischen Freunde nimmt. Jedenfalls hat das, was geschehen ist, nicht ausgereicht, um den Nahrungsbedarf der deutschen Bevölkerung aus der Inlandsernte ausreichend zu decken, und es würde dazu auch nicht ausgereicht haben, selbst wenn unsere Ernteerträge nicht zurückgegangen wären. Nehmen wir z. B. den vom Edlen von Braun geforderten Ersatz von Weizenmehl durch Roggenmehl, Kartoffeln und Kartoffelmehl. Wie er selbst zugibt, enthalten Weizen 9%, Roggen 8,7%, Kartoffeln dagegen nur 0,1% reines Eiweiß und 100 kg Weizen 116,8, 100 kg Roggen 114,8, dagegen 100 kg Kartoffeln nur 19,5 Wirkungseinheiten. Um 100 g Eiweiß in der Form von Kartoffeln in den Magen einzuführen, müßten wir 5 kg Kartoffeln verzehren; um aber 100 g Eiweiß zur Resorption gelangen zu lassen, müßten wir 7 kg Kartoffeln bewältigen. Nun konnte aber die Versuchsperson Rubners, den Edler von Braun ja als Autorität gelten läßt, „ein kräftiger Soldat, welcher in der bayerischen Oberpfalz zu Hause, an reichliche Kartoffelaufnahme gewöhnt war", nicht mehr als 3—3½ kg bewältigen[1]), obgleich ihm die einförmige Nahrung in der mannigfaltigsten Form zubereitet verabreicht wurde, so daß der Mann von dem Eiweißvorrate seiner Gewebe zehrte, d. h. einem langsamen Hungertode entgegenging.

[1]) Max Rubner, Zeitschr. f. Biol. Bd. 15. S. 146.

Auf dem Wege der vom Edlen von Braun vorgeschlagenen Verlängerung des Getreidemehls durch Kartoffelmehl ist also die ausreichende Ernährung des deutschen Volkes nicht zu erreichen, auch wenn das Kriegsernährungsamt den Kopfanteil an diesem verlängerten Mehl nicht auf nur 200 g, vom 16. Juni ab sogar auf nur 160 g täglich herabgesetzt hätte.

Daß wir das, was das Vieh vor dem Kriege an Brotgetreide erhalten hat, durch die heimische Produktion nicht zu ersetzen vermögen, wird in der Braunschen Broschüre selbst zugegeben, und ebenso unmöglich ist es gewesen, das, was wir früher an Fleisch- und Milchmengen unter Zuhilfenahme ausländischer Futtermittel erzeugt haben, mit inländischen Futtermitteln allein zu erzeugen. Wie Kuczynski und Zuns nachgewiesen haben [1]), betrug schon, als unsere Ernteerträge noch groß waren, unser Defizit beim Rohprotein 20%, beim Stärkewert 18%; seit unsere Ernteerträge gesunken sind, beträgt es noch viel mehr. Es ist daher ausgeschlossen, für den Ausfall an Mehl Ersatz in Fleisch zu geben. Desgleichen fühlt jeder Haushalt, daß die Versicherung des Edlen von Braun, unser Milchbedarf sei nicht gefährdet, sich leider nicht bewahrheitet hat, und ebenso ist seine Prophezeiung, daß es uns an Getreideprodukten nicht fehlen werde, weil wir Graupen, Gries, Grütze usw. mehr aus- als einführten, kläglich Lügen gestraft worden. Aber freilich von jemand, der so wenig rechnen kann, daß er schrieb, 100000 Tonnen zu 20000 Eiern ergäben 20 Milliarden Eier [2]) und das Schlachtgewicht der eingeführten Rinder und Schweine

---

[1]) Kuczynski und Zuns, Deutschlands Nahrungs- und Futtermittel. Allg. Statist. Archiv, Band 9. S. 188.

[2]) Braun, Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? München 1914. S. 22.

auf 231 Millionen statt auf nur 60 Millionen Kilogramm angab, ließen sich keine anderen Prophezeiungen erwarten, und nur das ist zu verwundern, daß das bayerische Staatsministeriun in einer so gearbeiteten Broschüre eine Beruhigung fand.

Der Bundesrat hat einige Monate später, nachdem man die in unserer Eingabe vom 1. November 1914 gemachten Vorschläge für überflüssig erklärt hatte, diese wenigstens teilweise durchgeführt. Aber die weit mehr als 10 Millionen Tonnen menschliche und tierische Nahrungsmittel[1]) — im Durchschnitt der Jahre 1912/13 waren es (vgl. die Tabelle II in der Beilage) über 12½ Millionen Tonnen, enthaltend 28 161 Milliarden Kalorien —, die wir in der Zeit vor dem Kriege alljährlich eingeführt haben, hat uns die heimische Produktion nicht zu ersetzen vermocht. Die deutschen Viehbestände, die mit ausländischem Futter erhalten worden waren, sind aufgezehrt, und nachdem damit die einzige Nahrungsmittelreserve, von der das deutsche Volk zehren konnte und gezehrt hat, geschwunden ist, ist die Hauptmasse des deutschen Volks heute unterernährt. An die Stelle der am Beginn des Kriegs ergangenen Mahnungen, ja nicht zu sparen, ist längst ein Sparzwang in fast allem und jedem getreten, und die Erkenntnis der völligen Undurchführbarkeit der Forderung einer sich selbst genügenden Volkswirtschaft ist bis in die ärmlichste Hütte gedrungen. Wenn wir trotzdem vor dem Feinde nicht kapitulieren, so verdanken wir dies der Opferwilligkeit unserer städtischen Bevölkerungen; daß diese den Agrarzöllen zu danken sei, dürfte kaum sich beweisen lassen; vielmehr hat alles den Friedensschluß mit Rumänien und der Ukraine

[1]) Siehe Kuczynski, Lebensmittelversorgung und Kriegsernährungsamt, in der Europä.schen Staats- und Wirtschaftszeitung. Nr. 17 vom 8. Juli 1916. S. 934.

besonders freudig begrüßt, weil es von dort freie Zufuhr von Getreide und Vieh erhofft.

3. So sieht es nach fast vierzigjähriger Dauer unserer Schutzzollpolitik aus. Auch beim radikalsten Freihandel könnte es schlimmer nicht aussehen. Wohl aber würde es dabei besser aussehen unter der Voraussetzung, von der nahezu alle Menschen und vor allem meine Ankläger ausgegangen sind, daß nämlich der Krieg nicht länger dauern könne als höchstens ein Jahr. Bei nur einjähriger Dauer nämlich würde es einer einigermaßen voraussehenden Staatsleitung leicht gewesen sein, uns einen gleichen Überfluß an Getreide zu sichern, wie wir ihn an Tabak, Tee und Kaffee noch am Ende des zweiten Kriegsjahres gehabt haben. Bei längerer Kriegsdauer aber wären wir nicht schlechter daran gewesen wie jetzt. Es gibt allerdings viele, die da meinen, ohne Getreidezölle wäre der Boden nicht so intensiv angebaut worden wie infolge des Anreizes, welchen die gesteigerten Getreidepreise gegeben hätten, intensiver zu wirtschaften. Als ob die Erzielung höherer Hektarerträge auf allen Böden höhere Kosten verursachte, die nur durch höhere Fruchtpreise ersetzt werden können, und als ob intensiverer Anbau nur bei Getreidebau möglich wäre! Wir haben aber nicht bloß nicht genug Getreide, sondern auch nicht genug Handelsgewächse aller Art, nicht genug Vieh, nicht genug Holz erzeugt. Alle diese Produkte sind für unsere Volkswirtschaft ebenso wesentlich wie Getreide, und da wir sie nicht entbehren konnten, haben wir sie eingeführt, in welchem Umfang, zeigen die in der Beilage wiedergegebenen amtlichen Ziffern. Die Wirkung der Getreidezölle war also, daß wir statt mehr Getreide mehr Handelsgewächse, Vieh und Holz eingeführt haben. Ohne die Getreidezölle würden wir diese Produkte auf den Böden, auf denen der Getreidebau

dann nicht rentabel gewesen wäre, hervorgebracht haben, und hätte der Krieg länger als ein Jahr gedauert, so wären diese Böden dem Getreidebau dienstbar gemacht worden[1]). Wir würden dann heute auch nicht schlechter daran sein, als wir es jetzt sind; nur hätten wir alle die üblen Folgen nicht tragen müssen, welche die Begleiterscheinungen von Getreidezöllen sind.

So steht es mit den gegen mich gerichteten Anklagen.

Indes muß ich mich eines Irrtums für schuldig bekennen. Nur ist es nicht der, um dessentwillen ich angeklagt werde. Vielmehr ist mir dieser Irrtum mit meinen Anklägern gemein. Ebenso wie diese habe ich angenommen, daß ein Krieg auf europäischem Boden nicht mehr länger dauern könne als höchstens ein Jahr. Aber was wir seit Kriegsbeginn erlebt haben, ist von allem bisher Erlebten so verschieden, daß der Mensch noch zu finden ist, der behaupten könnte, er habe alles, was gekommen ist, richtig vorausgesehen. Hat sich doch selbst Fürst Bismarck getäuscht, als er den Besitz von Sansibar höher einschätzte, als den von Helgoland, den er als eine dem Deutschen Reiche aufgebürdete Last ansah, während sich gezeigt hat, daß wir Sansibar auch nicht eine Woche hätten halten können, wogegen sich Helgoland als ein Bollwerk von unschätzbarem Werte erwiesen hat; und nicht anders ist's, wenn noch im Januarheft der Deutschen Revue von 1909, S. 17 der Verfasser des Aufsatzes „Krieg in der Gegenwart", der kein Geringerer als der verstorbene Generalstabschef Graf Schlieffen gewesen sein soll, geschrieben hat:

„Der Fabrikarbeiter, der gewohnt ist, morgens den Arbeitsplatz, abends sein Heim auf dem Rade aufzusuchen, wird schwerlich mit Waffe, Munition und Tornister beladen täglich 30 bis 40 Kilometer zurückzulegen vermögen.

---

[1]) Genau so wie in England, wo nach Lloyd George der bestellte Boden des Vereinigten Königreichs seit 1916 um 4 Millionen Acres vermehrt worden ist.

Landwehr und Landsturm, Territorialarmee und Reserve der Territorialarmee werden nur in sehr beschränktem und bedingtem Maße dem Volk in Waffen zugezählt werden können."

Graf Schlieffen hat dementsprechend eine Armee von 5 Millionen Mann für mehr oder weniger imaginär erklärt. Aber diese Sätze zeigen nur, daß auch Sachverständige allerersten Ranges sich zu täuschen vermögen. Heute beträgt die Gesamtzahl der zum deutschen Heeresdienst Einberufenen mehr als das Dreifache; und damit hat eine andere von mir aufgestellte, aber viel umstrittene Behauptung eine neue, glänzende Bestätigung gefunden. Ich hatte dem so oft geäußerten Irrtum, daß die Wehrfähigkeit des Deutschen Reichs durch dessen zunehmende Industrialisierung bedroht werde, weil die Tauglichkeitsziffer der gewerblichen Bevölkerung geringer als die der landwirtschaftlichen sei, den Hinweis darauf entgegengestellt, daß es im Kriege nicht auf die relative Tauglichkeitsziffer, sondern auf die absolute Zahl der Militärtauglichen ankomme. Infolge der zunehmenden Industrialisierung vermöchten aber sehr viel mehr Menschen auf deutschem Boden zu leben; es könne vermöge derselben dem Feinde daher auch ein weit größeres Heer entgegengestellt werden, als bei überwiegend agrarischem Charakter des Reichs. Aber immer und immer wieder ist der alte Irrtum wiederholt worden, trotz aller Gegenbeweise, auch obwohl nach der Heeresstatistik von den im Jahre 1912 für tauglich Befundenen nur 28,6% in der Landwirtschaft, dagegen 71,4% in anderen Berufen beschäftigt gewesen sind. Daß die vielen Millionen zum Heeresdienst Einberufenen zu mindestens zwei Dritteln aus Nichtlandwirten bestehen, entspricht der heutigen Berufsgliederung des deutschen Volks; hat es doch schon 1907 unter den 26 Millionen hauptberuflich Erwerbstätigen nur mehr 5 284 271 in der Landwirtschaft tätige

Männer gegeben. Unser so zusammengesetztes Heer aber hat durch seine Marschleistungen die alles aus der Geschichte Bekannte übertreffenden Erfolge unserer Heerführer erst möglich gemacht; und Landwehr und Landsturm haben sich entgegen der Voraussagen Schlieffens mit den, seit der Mann aus der Kaserne entlassen worden, neu eingeführten Waffen und Kampfmethoden in einer Weise befreundet, welche die Berichterstatter in den Zeitungen zu den größten Lobeserhebungen veranlaßt hat; und dieses Vielmillionenheer, das unsere Rettung geworden ist, wäre nicht denkbar ohne jene Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, die es ermöglicht hat, daß auf einem Gebiete, auf dem vor hundert Jahren nur erst 24,8 Millionen Menschen gelebt haben, bei Ausbruch des Kriegs rund 68 Millionen ihren Unterhalt fanden. Ebenso hätten wir, wäre Deutschland der überwiegende Agrarstaat geblieben, zu dem Graf Soden und seine Freunde es zurückschrauben wollten, dieses Riesenheer nicht mit der kostbaren Rüstung ausstatten können, welche die moderne Kriegführung erheischt, noch auch hätten wir die 87½ Milliarden Kriegsanleihe aufzubringen vermocht, die uns das Durchhalten bis heute möglich gemacht haben. Wäre das Deutsche Reich nicht der überwiegende Industriestaat geworden, der vom Grafen Soden und Genossen so heftig bekämpft worden ist, so hätte es den Krieg längst verloren.

Das handelspolitische „System Brentano" ist also ebensowenig wie das sozialpolitische „System Brentano" zusammengebrochen. Vielmehr hat ihm der Krieg eine neue, wenn auch traurige Bestätigung gebracht; denn, wie ich jetzt zeigen werde: es wäre gar nicht zum Kriege gekommen, wäre das Freihandelssystem vollständig zur Durchführung gelangt, und hätte nicht seit den siebziger Jahren die Welt in steigendem Maße sich von ihm abgekehrt.

II.

Ich habe schon in einem im ersten Kriegswinter 1914/15 gehaltenen Vortrag[1]) über „Handel und Krieg" gezeigt, daß, wo immer ein Volk darauf aus sein muß oder freiwillig darauf aus ist, alles, was es braucht, selbst zu erzeugen, es sich zum Kriege genötigt sieht, sobald seine Zahl über das Maß dessen wächst, was das eigene Land zu erzeugen vermag. Das liegt in der Natur der Sache. So ist es schon in den ältesten Zeiten gewesen. Wo der Boden unfruchtbar war, suchten seine Bewohner die zu vertreiben, die besseres Land innehatten. Thukydides erzählt uns, daß dies der Grund gewesen sei, warum gerade die fruchtbarsten Landschaften Griechenlands so oft ihre Bewohner gewechselt hätten. Wer sie innehatte, war in steter Gefahr, von Stärkeren, die auf schlechterem Boden saßen, vertrieben zu werden. Außerdem hätten sich die, welche nicht genug hatten, auf Raub zu Wasser und Land verlegt; aus diesem Handwerk hätten sie ihren Hauptunterhalt bezogen, ohne daß damit irgendwelche Unehre verbunden gewesen sei.

Wie bei den Griechen, war es bei allen Völkern.

Aber nicht alle Völker ließen sich solche Beraubung gefallen. Es gab Völker, die imstande waren, gegen Räuber sich zu verteidigen. Damit wurde es unmöglich, ihnen, was man begehrte, gegen ihren Willen zu nehmen. Um es zu erlangen, mußte man ihnen andere Güter im Austausch bieten. So trat an die Stelle des kriegerischen Verkehrs mit Fremden der Handel. Er tritt auf, wo das, was die eigene Wirtschaft bietet, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht

[1]) Abgedruckt in der „Österreichischen Rundschau" vom 15. Februar 1915, S. 18ff. Vgl. auch meinen Vortrag „Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit" München 1916, sowie Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 48 vom 1. Dezember 1917.

ausreicht und der, dessen Güter man begehrte, zu stark war, als daß man sie ihm nehmen konnte.

Aber auch wo man dem Fremden nicht mit Waffen entgegentrat, der Fremde blieb immer der Feind. Während der Verkehr unter Stammesgenossen durch Autorität und Herkommen geregelt war, galt es, ihm gegenüber den größtmöglichsten Vorteil zu wahren. Ihn im Austausch zu übervorteilen galt nicht als Schande; seine Überlistung galt vielmehr als Tugend. Daher die Verachtung des Handels bei den alten Philosophen und seine Verurteilung als etwas Sündhaftes im christlichen Altertum. Der Gewinn des einen galt nur möglich auf Kosten des anderen.

Diese Auffassung hat, wie das Altertum, auch das Mittelalter beherrscht.

Die mittelalterlichen Städte waren darauf aus, eine jede möglichst alles, was sie brauchte, selbst herzustellen und darüber hinaus noch Waren, die sie an andere verkaufen könne. Daher sie die Einfuhr aller Produkte, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen, zu hindern suchten. Dagegen suchten sie eigene Produkte und im Zwischenhandel auch fremde zu vertreiben. Dafür sollte der Kaufmann Geld in die Stadt bringen. Um davon möglichst viel zu erlangen, strebten sie nach Privilegien in fremden Ländern; sie sollten ihnen auf deren Märkten das Monopol oder wenigstens eine Vorzugsstellung sichern; um solcher Privilegien willen griffen sie oft zu den Waffen, sowohl um sie zu erlangen, als auch um einen Einbruch in die erteilten abzuwehren.

Diese Handelspolitik der Gilden und Städte hat der aufkommende moderne Staat dann innerhalb eines größeren Rahmens zur Anwendung gebracht. Auch sein Ziel war eine völlig sich selbst genügende Volkswirtschaft. Wie die Städte erschwerte er die Ein-

fuhr von allem, was seine Untertanen erzeugen konnten, und die Ausfuhr von Rohstoffen, welche dieser Erzeugung dienten; dagegen gewährte er Ausfuhrprämien, um den Absatz ihrer Fabrikate zu fördern; und, wie die Städte Handelsprivilegien erstrebt hatten, so suchte er durch günstige Handelsverträge den Absatz seiner Landesprodukte zu sichern. Demselben Zweck sollten Kolonien dienen. Sowohl um den Nahrungsspielraum seiner Bevölkerung zu erweitern, als auch um vorteilhafter Handelsverträge und um des Erwerbs von Kolonien willen hat er Kriege geführt. Fremde Völker sollten durch sie gezwungen werden, die Erzeugnisse seiner Untertanen zu Bedingungen, die für diese vorteilhaft waren, in ihrem Land zuzulassen. Kolonien sollten Rohstoffe liefern, wie sie seine Untertanen zur Weiterverarbeitung oder zum Weitervertrieb brauchten, und deren Fabrikaten als Absatzgebiet dienen. Das Ziel, das er bei all diesem Aufwand von List und Gewalt verfolgte, war der größtmögliche Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr. Denn man konnte sich nicht anders vorstellen, als daß dieser Überschuß in Geld bezahlt werde, und in dem Maße, in dem an die Stelle der Naturalwirtschaft die Geldwirtschaft getreten war, war der größtmögliche Geldgewinn das Ziel aller Wirtschaft geworden. Daher man in einer Mehreinfuhr von Waren einen Verlust, in einer Mehrausfuhr einen Gewinn sah. In jener sah man die ungünstige, in dieser die günstige Handelsbilanz. Um einer günstigen Handelsbilanz willen griff man eventuell zu den Waffen, und umgekehrt gab das Geld, das die günstige Handelsbilanz ins Land brachte, das Mittel, ein Heer und eine Flotte zu erhalten, um zu Kolonien und vorteilhaften Handelsverträgen zu gelangen. Daher auch die Sorgfalt, mit der man darüber wachte, daß das Gleichgewicht der Machtverhältnisse unter den Staaten nicht verschoben werde. Eine Ver-

schiebung des internationalen Gleichgewichts bedrohte die günstige Handelsbilanz gegenüber einem fremden Staate und eine ungünstige Handelsbilanz diesem gegenüber drohte ihm auch politisch das Übergewicht zu geben. So vermischte sich das Streben nach Wahrung des politischen Gleichgewichts mit dem nach Sicherung einer günstigen Handelsbilanz. Die eine erschien als die Vorbedingung des anderen und umgekehrt.

Der auswärtige Handel hat sich also Tausende von Jahren, nachdem er als jüngerer Bruder des Krieges entstanden war, intellektuell und moralisch auf derselben Stufe wie zur Zeit seiner Entstehung befunden. Noch immer galt der Gewinn des einen nur möglich auf Kosten eines verlierenden anderen. Noch immer galt Übervorteilung des Mitkontrahenten als das Ziel. Und wo der andere nicht willig sich fügte, rief der jüngere Bruder nur zu häufig seinen älteren großen Bruder zu Hilfe, um einen überlegenen Konkurrenten zu schädigen. Groß ist die Zahl der Kriege, die geführt wurden, sowohl um Kolonien zu erwerben, als auch um vorteilhafte Handelsverträge zu erlangen oder den Handel eines Konkurrenten zu schädigen. Ganz besonders gilt dies für England. Es hat seit dem 16. Jahrhundert fast ausschließlich Handelskriege geführt und die ausschließliche Seeherrschaft erstrebt zum Zweck der Schädigung seiner Konkurrenten, und zwar nicht bloß der Kriegführenden, sondern auch der neutralen. Daher die bitteren Klagen über seine Gewalttätigkeit seitens der Zeitgenossen. Die Geschichte der Spanier, der Holländer, der Franzosen, der Hamburger, der Skandinaven, der Amerikaner weiß davon zu erzählen.

So war die Wirklichkeit. Während die Gewalttätigkeit der merkantilistischen Staatsmänner wahre Orgien feierte, war aber seit der Wiedergeburt der Wissenschaften eine neue Auffassung des

Wirtschaftslebens erwachsen, die klassische Nationalökonomie. Sie ging aus vom Naturrecht, d. h. vom Frieden, und ihre Lehren hatten den Frieden zur Voraussetzung. War der Handelsgewinn bisher nur möglich erschienen auf Kosten eines verlierenden anderen, so lehrte sie, der Verlust des einen ist immer auch der Verlust eines anderen und umgekehrt. Denn ein jedes Volk hat das Interesse, mit dem geringstmöglichen Aufwand seine Bedürfnisse möglichst vollkommen zu befriedigen. Folgerichtig muß es seine Produktion auf die Güter beschränken, in deren Herstellung es den größten Vorsprung vor anderen hat, und mittels des von ihm Hergestellten das von den anderen eintauschen, was diese besser oder billiger als es selbst zu liefern imstande sind. Als Folge ergibt sich, daß ein jedes Volk das größte Interesse am Gedeihen der anderen hat; denn je reicher die anderen Völker sind, um so mehr können sie ihm abkaufen und für das Gekaufte geben. Daher auch von allen Torheiten die törichtste ist, um der Ausbreitung des Handels willen Krieg zu führen. Denn die Kosten des Unterhalts von Heer und Flotte verteuern die Produktionskosten aller Waren und gefährden damit deren Absatz: „Das Geschäft", schrieb 1763 Josias Tucker, der Dechant von Gloucester, „fällt aber stets dem billigsten Produzenten, nicht dem Eroberer zu." Ebenso schrieb David Hume. Turgot hat Tuckers Schrift ins Französische übersetzt. A. Smith hat in demselben Sinne geschrieben. Und ebenso wie gegen Kriege zur Förderung des Handels waren sie Gegner der überkommenen, auf Zwang beruhenden Ausbeutung der Kolonien durch das Mutterland.

Die neue Auffassung hat erst im 19. Jahrhundert triumphiert. Zuerst 1818 in Preußen. Doch mußte Preußen, um die süddeutschen Staaten zum Eintritt in den Zollverein zu bewegen, zum

Schutzzollsystem zurückkehren. Ihren Siegeslauf hat die neue Auffassung erst in England begonnen. 1846 erfolgte die Abschaffung der Kornzölle, darauf die der Navigationsgesetze und die Freigabe der englischen Kolonien; mit dem englisch-französischen Handelsvertrage von 1860 begann eine freihändlerische Ära in ganz Europa. Gingen auch nicht alle Länder so weit, daß sie, wie England, alle Schutzzölle abschafften, so verlor die Handelspolitik doch allenthalben ihren aggressiven Charakter. Den von 1860 bis 1878 abgeschlossenen Handelsverträgen lag nicht mehr der Gedanke zugrunde, daß der Gewinn des einen den Verlust eines anderen voraussetze; die Kontrahenten waren davon überzeugt, daß der Handel ihnen beiden zum Vorteil gereiche, und daß eine jede Volkswirtschaft am Gedeihen aller übrigen interessiert sei. Namentlich die deutsche Handelspolitik ist von 1864 bis 1878 durchaus freihändlerisch gerichtet gewesen.

Aber wenn England 1860 auch alle Schutzzölle abgeschafft hat, in einem, und zwar in einem entscheidenden Punkte ist selbst England nicht zum Freihandel übergegangen, in dem Verzicht auf die ausschließliche Herrschaft zur See. In glänzenden Ausführungen hatte Cobden verlangt, daß England in seinem eigenen Interesse den Anspruch auf diese fallen lasse. Er hat gezeigt, wie dieser Anspruch die übrigen Nationen zwinge, nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit von England zu streben. Statt den Engländern neue Absatzmärkte zu sichern, führe er daher nur dazu, ihnen ihre Absatzmärkte zu rauben. Er ziehe ihnen neue Konkurrenten groß und liefere sie diesen durch Verteuerung der englischen Produkte aus. Das einzige, was den Handel zu schützen vermöge, sei die Minderung der Kosten, welche Armee und Flotte der englischen Industrie auferlegten. Also nicht Steigerung, sondern Minderung der Militärkosten, um die Zölle herabsetzen zu können, welche die weitere Aus-

dehnung der englischen Industrie hemmten, und ferner eine Reform des Seekriegsrechts. In einem Briefe an Ashworth, den Präsidenten der Handelskammer von Manchester, vom 10. April 1862, den trotz seiner prinzipiellen Bedeutung die meisten, welche in Deutschland über die Freiheit der Meere schreiben, gar nicht zu kennen scheinen, verlangte Cobden die Freiheit der Meere. Darunter verstand er:

1. Beseitigung des Seebeuterechts in Kriegszeiten;
2. Beschränkung der Blockaden auf Arsenale und solche Städte, die gleichzeitig von der Landseite belagert werden, mit Ausnahme von Waren, die Kriegskonterbande sind;
3. Beseitigung des Visitationsrechts der Schiffe von Neutralen in Kriegszeiten.

Diese drei Forderungen hat Cobden als integrierenden Teil des Freihandels erklärt. Sie seien das notwendige Korrelat der Beseitigung der Navigationsgesetze, der Abschaffung der Kornzölle und der Preisgabe des Kolonialmonopols. „Wir haben die Herrschaft der Gewalt verworfen, um dem Grundsatz der Freiheit zu vertrauen, der ungebundenen, unbedingten Freiheit. Unter dieser Herrschaft hat unser Reichtum zugenommen, wie noch nie vorher — in den letzten vierzehn Jahren mehr als in den vorausgegangenen tausend Jahren, die auf Gewalt, List und Monopol sich stützten."

Aber Lord Palmerston war nicht der Mann, um auf ein Machtmittel zu verzichten, und auch seine Nachfolger, selbst Gladstone, haben sich geweigert, die Freiheit der Meere zu verwirklichen. So oft die übrigen Nationen die Beseitigung des Seebeuterechts im Kriege verlangt haben, sie ist stets am Widerspruch Englands gescheitert. Auch hat John Bright allzu früh 1865 und 1868 verkündet, daß die mit der alten Auffassung von der Handelsbilanz eng ver-

quickte Gleichgewichtstheorie, die einst das Alpha und Omega der auswärtigen Politik Englands gewesen sei, tot sei. Daß die Engländer diesen wesentlichen Teil des Freihandelsprogramms Cobdens und Brights nicht verwirklicht haben, ist eine der Ursachen des gegenwärtigen Krieges.

Eine andere ist der seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in der Handelspolitik eingetretene Umschwung. Auch er hat zuerst in England eingesetzt, nicht im Mutterland, aber in seinen Kolonien.

Es war eine selbstverständliche Folge des Übergangs Großbritanniens zum Freihandel gewesen, daß es seine Kolonien der Verpflichtung, im Mutterland zu kaufen und dorthin zu verkaufen, entbunden hat. Eine jede Kolonie sollte fortan, ihre Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken gestalten, auch ihre Handelspolitik. Eine jede Kolonie galt dem Mutterland fortan handelspolitisch als fremdes Land, und angesichts der Kosten, welche die Verwaltung und Verteidigung der Kolonien verursachte, sah man mit Freuden dem Tag entgegen, an dem die Kolonien sich auch politisch selbständig machen würden. Aber die Kolonien selbst dachten anders. Sie nahmen es übel, vom Mutterland als Fremde behandelt zu werden. Sie sahen in dem Recht, ihre Angelegenheiten völlig unabhängig von diesem zu ordnen, keinen Ersatz für den Verlust, den sie durch den Wegfall ihrer früheren Vorzugsstellung auf dem englischen Markte erlitten hatten; und gegen die völlige politische Loslösung sprach die Erwägung, daß sie dann selbst die Kosten ihrer Verteidigung tragen müßten. Sie dachten also gar nicht an Abfall vom Mutterlande, fühlten sich aber gekränkt, daß dieses auf ihre Interessen so wenig Rücksicht nehme.

Die Folge war die Entstehung einer Schutzzollbewegung in den Kolonien. Verwies man sie auf ihre Selbständigkeit, so wollten sie

auch wirtschaftlich selbständig werden. Die ihnen fehlenden zur Entwicklung nötigen Kapitalien suchten sie durch Zölle, welche diesen höhere Verzinsung als im Mutterland in Aussicht stellten, anzulocken. Diese Zölle erhoben sie ebenso von der Einfuhr aus dem Mutterlande wie aus anderen Ländern. Die Schriften von James Anthony Froude, Oceana und The English in the West-indies geben ein anschauliches Bild von der Denkweise der Engländer in den Kolonien. Sie ist völlig verschieden von der zu Hause. Hier stand die Entwicklung unter dem Einfluß der liberalen Strömung, welche das gesamte innere Leben Englands seit Beginn des 19. Jahrhunderts umgestaltet hat. In den Kolonien waren die Engländer naturgemäß Verehrer der Gewalt, deren Herrschaft sie daheim aus dem politischen Leben zu verbannen bemüht waren; denn ihre Herrschaft beruhte in den Kolonien ausschließlich auf der Gewalt. Froude gibt Zeugnis von dem bitteren Gefühl, das die englischen Kolonien gegen die Liberalen, besonders gegen Gladstone, erfüllte, wo immer die Liberalen die Anwendung von Gewalt gegen einen äußeren Feind verweigerten, und wie sie in Westindien voll Sehnsucht nach Amerika blickten, das ihren Zucker schützen würde, während ihn das Mutterland der durch Ausfuhrprämien unterstützten Konkurrenz des Rübenzuckers des kontinentalen Europas preisgab.

Aber noch war die schutzzöllnerische Stimmung in den Kolonien nicht gefährlich. Sie wurde es erst mit dem Wiedererwachen schutzzöllnerischer Tendenzen in Europa. Von durchschlagender Bedeutung war hier der Krach von 1873 und die Überschwemmung der europäischen Märkte mit amerikanischem, russischem und indischem Getreide, die nach 1876 eintrat. Seit dieser Zeit lebt der europäische Kontinent in einer Ära des wiedererwachten Merkantilismus.

Wir haben die für tot und begraben geglaubte Lehre von der günstigen und ungünstigen Handelsbilanz wieder erstehen sehen. Wir haben uns aufs neue mit einem Stacheldraht hoher Einfuhrzölle und eventuell von Ausfuhrbeschränkungen umgeben, sowie Prämien aller Art zur Förderung der Ausfuhr eingeführt. Wir bekennen uns wieder zu der Auffassung, daß der Gewinn beim Handel immer nur auf Grund des Verlustes eines anderen möglich sei, und beim Abschluß eines Handelsvertrages fragt man wieder, wer der Übervorteilte sei. Um unsere Gegenkontrahenten in dessen Lage zu versetzen, versehen wir unsere Unterhändler wieder mit einem ganzen Arsenal von Zwangsmitteln, die ihn zum Nachgeben nötigen sollen. Wir kennen wieder Kampfzölle und Zollkriege, und schon vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges bestand mehrfach die Gefahr, daß aus einem Zollkrieg ein Krieg mit den Waffen werde.

Ganz besonders gefährlich war es, als nach dem deutsch-französischen Kriege das französische Kolonialreich wieder anwuchs, als die Gleichstellung der französischen Kolonien mit ihrem Mutterland die in diesem herrschende Zollpolitik auf die Kolonien ausdehnte und die fortwährende Steigerung der französischen Schutzzölle den übrigen Nationen den Zutritt allenthalben, wo die französische Flagge wehte, in außerordentlichem Maße erschwerte. Damit war der Keim zu großen internationalen Konflikten gelegt.

Solche Zwiste blieben denn auch nicht aus. Zuerst mit England, das darauf aus war, den Franzosen in der Besitznahme des Nigergebietes zuvorzukommen. Der Zwist hat mit einer großen Demütigung Frankreichs bei Faschoda geendet. Fast wäre es aus diesem Anlaß zu einem Kriege zwischen Frankreich und England gekommen. Noch ernster haben sich die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos zugespitzt.

Die Logik der Tatsachen hat es nämlich mit sich gebracht, daß Deutschland in dem Maße, in dem es die sich selbst genügende Volkswirtschaft zu seinem Wirtschaftsprogramm machte, gleichfalls nach Kolonialbesitz strebte. Was der heimische Boden nicht liefern konnte, mußte es wenigstens auf eigenem Boden in fernen Weltteilen selbst zu erzeugen suchen. In die achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts fällt der Erwerb von Kolonien seitens des Deutschen Reiches in Afrika, in der Südsee und in Asien. Sie standen sowohl an Umfang als auch an Güte hinter den französischen, geschweige denn den englischen Kolonien sehr erheblich zurück. Daher der deutsche Ruf nach einem der Bedeutung und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes entsprechenden Platz an der Sonne.

Doch nun machte es sich geltend, wie verhängnisvoll es gewesen ist, daß die englischen Staatsmänner Cobdens Freihandelsprogramm vollständig durchzuführen verweigert und, statt in die Freiheit der Meere zu willigen, an dem Anspruch Englands auf ausschließliche Beherrschung der Meere festgehalten hatten.

Damit war nämlich Deutschland der Gefahr ausgesetzt, daß, je mehr sich sein Handel, gleichviel wohin, ob in fremde Länder oder nach eigenen Kolonien, entfaltete, der ganze erzielte Gewinn von England konfisziert wurde, so oft sich dieses mit irgendeinem Lande im Krieg befand. Die demütigende Visitation des Schiffes „Bundesrat" zur Zeit des Burenkrieges hatte Deutschland eine Probe gegeben von dem, was es in dieser Beziehung zu erwarten hatte; ein Artikel der Wochenschrift „Spectator" hatte es in sehr anschaulichen Drohungen ausgemalt, was dem deutschen Handel bevorstand. Diese Gefahr machte die Schaffung einer deutschen Flotte zu einer Notwendigkeit. Dieselbe Gesinnung aber, die es England ablehnen ließ, auf seine Seeherrschaft zu verzichten, ließ

es in der deutschen Flotte eine gegen sich gerichtete Drohung erblicken.

Dazu kam, daß seit Beginn der siebziger Jahre die schutzzöllnerische, d. h. die fremdenfeindliche Gesinnung in den britischen Kolonien mehr und mehr sich verschärfte. Sowohl Kanada als auch Australien waren in den siebziger Jahren dazu übergegangen, die wenigen Finanzzölle, die sie bis dahin gehabt hatten, beträchtlich zu erhöhen und durch Wertzölle auf andere Produkte zu ergänzen. Die damit betretene Bahn einer kanadischen bzw. australischen Schutzzollpolitik hatte sich sogar in erster Linie gegen das eigene Mutterland gerichtet. Das hat auf dieses notwendig zurückwirken müssen. Cobden und Peel hatten als Folge der Beseitigung der englischen Schutzzölle vorausgesagt, daß auch in allen anderen Ländern die Schutzzölle fallen würden. Auch schien die Entwicklung der Handelspolitik in den sechziger Jahren ihrer Prophezeiung recht zu geben. Dann aber war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in der Handelspolitik der Umschwung eingetreten. Also alle Länder, die britischen Kolonien mit einbegriffen, schlossen sich ab gegen die Einfuhr britischer Produkte. Die Folge war, daß auch in England eine neue Schutzzollbewegung entstand. Statt nach free trade rief sie nach fair trade. Nur die Schiffe und Waren solcher Nationen sollten in Großbritannien und Irland zollfrei zugelassen werden, welche Reziprozität übten. Die übrigen sollte man durch Zölle, die man auf die Einfuhr ihrer Produkte legte, zu gerechterer Behandlung der britischen Waren zwingen. Die fair trade league kehrte also zu der alten Anschauung zurück, daß die Nichterhebung von Zöllen ein Opfer sei, das ein Land einem anderen bringe, ohne zu bedenken, daß auch die eigene Produktion durch Einfuhrbeschränkungen geschädigt wird; auch sie huldigte dem alten Irrtum, daß

der Gewinn des einen nur möglich sei, wenn ein anderer verliert, und daß es dementsprechend beim Abschluß eines Handelsvertrages darauf ankomme, daß ein Land vom anderen mehr erlange, als es ihm gibt.

Die schutzzöllnerisch gerichteten Kolonien versäumten nicht, das Wiedererwachen von schutzzöllnerischen Bestrebungen im Mutterland im Sinne ihrer eigenen auszunutzen. Hofmeyer trat 1887 für die Gründung eines britisch-kolonialen Zollvereins mit Vorzugsbehandlung der Kolonien auf dem Markte des Mutterlands und umgekehrt ein. Der Handelskammerkongreß des ganzen britischen Reiches von 1892 hat das Projekt zwar verworfen; aber er hat sich doch für eine wirtschaftliche Annäherung von Kolonien und Mutterland ausgesprochen, und bald trat dieses Streben in der Forderung nach hohen Zöllen auf die nichtbritische Einfuhr hervor. Das hat sich insbesondere gegen Deutschland gerichtet. Man hatte den englisch-deutschen Handelsvertrag bisher so ausgelegt, daß Deutschland auf Grund desselben genau so wie England von dessen Kolonien behandelt werde. Das wollten die Kolonien angesichts der deutschen Zollerhöhungen nicht länger dulden. Sie wollten mit Gegenmaßregeln darauf antworten und begannen zu erwägen, ob sie vermöge ihrer handelspolitischen Selbständigkeit nicht auch zum Abschluß selbständiger Handelsverträge mit fremden Ländern berechtigt seien.

Da bemächtigte sich Joseph Chamberlain dieser Ideenströmungen, sowohl der heimischen fair trade als auch der kolonialen, und machte sie zur Grundlage seiner imperialistischen Agitation. 1896 wurde er Kolonialminister. 1897 hielt er seine große Rede über die großen Weltreiche. Die Erde sei bestimmt, unter ihre Herrschaft verteilt zu werden. Wenn England nicht dem Schicksal der kleinen

Staaten verfallen wolle, die ihrer Herrschaft zu erliegen bestimmt seien, müsse es sich mit seinen Kolonien zu einem einheitlichen Reiche zusammenschließen. Das Mittel dazu sei ein Zollbund zwischen dem Mutterland und seinen Kolonien auf Grund differenzieller Behandlung des Auslands.

Aber die Mehrheit der englischen Wähler wollte davon nichts wissen. Der Handel des Mutterlandes mit seinen Kolonien war ja nur ein verhältnismäßig geringfügiger Teil seines Außenhandels. Und was war es denn, was man aus den Kolonien bezog? Lebensmittel und Rohstoffe; was man dafür gab, waren Fabrikate. Die Lebensmittel und Rohstoffe bezog das Mutterland zollfrei; um die Kolonien bei deren Absatz vor anderen Ländern begünstigen zu können, hätte es also erst Zölle einführen müssen; das hätte seine Produktionskosten für sämtliche Waren, die es ans Ausland absetzte, verteuert; um eines verhältnismäßig geringen Bruchteils seines Außenhandels willen hätte das Mutterland also seine weit größere Ausfuhr in andere Länder gefährdet. Dabei waren die Kolonien nicht einmal bereit, als Gegenleistung britische Fabrikate zollfrei bei sich einzulassen. Das Mutterland hätte also Lasten zugunsten seiner Kolonien auf sich genommen, ohne dafür Begünstigungen zu erhalten, die ihm dies ersetzt hätten. Es wäre die Umkehr des Verhältnisses zwischen Mutterland und Kolonien wie zur Zeit des alten Merkantilsystems gewesen. Damals waren die Kolonien vom Mutterland ausgebeutet worden; der imperialistische Gedanke Chamberlains führte zur Ausbeutung des Mutterlandes durch die Kolonien. Damals waren die Kolonien die Unterworfenen gewesen, die vom Mutterland beherrscht wurden; jetzt wären die Kolonien für das Mutterland maßgebend gewesen. Die Mehrheit der britischen Wähler lehnte Chamberlains Gedanken wiederholt ab.

Aber die Kolonien ließen nicht locker, und um das Mutterland zu verlocken, machten sie mit einer differentiellen Behandlung zu seinen Gunsten den Anfang. 1898 hat Kanada in seinem Zollgesetz niedrigere Zölle für britische als für Waren anderen Ursprungs festgesetzt. Es erwartete, daß dies mit der Zeit das Mutterland bewegen könnte, auch Kanada auf dem britischen Markt zu begünstigen. Da dies aber nur durch Einführung von Lebensmittelzöllen hätte geschehen können, war daran nicht zu denken. Dagegen fand sich Deutschland durch die schlechte Behandlung, die ihm vermöge der Neuerung auf dem kanadischen Markte zuteil wurde, geschädigt. Es reagierte darauf durch Kampfzölle gegen Kanada und es dauerte längere Zeit, bis sich die aufgeregten Wogen wieder beruhigten.

Der Vorgang hatte aber eine noch weitergehende, eine prinzipielle Bedeutung. Bis dahin hatten sich sowohl Großbritannien als auch Deutschland für ihre Kolonien zum Prinzip der offenen Tür bekannt. Nur Frankreich erhob höheren Zoll von fremden als von französischen Waren bei der Einfuhr in seine Kolonien. Nunmehr wurde das Prinzip der offenen Tür auch von den britischen Kolonien verlassen, und zwar auf Drängen nicht des Mutterlandes, sondern seiner nach Verwirklichung einer sich selbst genügenden britischen Volkswirtschaft strebenden Kolonien. Dem Vorgang Kanadas ist man in Australien gefolgt. Das zeigt, wie mit der Steigerung der Schutzzollpolitik der Geist der Feindseligkeit unter den Nationen über die ganze Erde hin zunahm.

Leider würde ich die Wahrheit verschweigen, wollte ich daran vorübergehen, daß der aggressive Charakter, den die deutschen Schutzzölle mit der weiteren Ausbildung des Kartellwesens angenommen haben, nicht wenig hierzu beigetragen hat. Die Kartelle haben es ermöglicht, den Inlandspreis auf den vollen Betrag von

Weltmarktpreis plus Zoll zu steigern. Das hat den leistungsfähigsten Betrieben gestattet, mit Vorteil billiger ans Ausland als im Inland zu verkaufen. Sie wurden also dadurch, daß sie dem heimischen Verbraucher Preise weit über ihre Produktionskosten abnahmen, instand gesetzt, ihren Absatz zum Nachteil ihrer auswärtigen Konkurrenten zu erweitern. Ganz ebenso wirkten die Schutzzölle und die durch sie zusammengehaltenen Trusts in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das ist das sogenannte Dumping, das in England so viel Erbitterung hervorgerufen hat. Sie ist wohl begreiflich. Das einzig Bemerkenswerte ist, daß, während sich diese früher wesentlich gegen die Vereinigten Staaten, die das System inauguriert haben, gerichtet hatte, sie ihre Klagen wesentlich gegen Deutschland richtete, seit das Aggressivzollsystem in diesem zur Ausbildung kam. Durch dieses habe der Freihandel seine Rechtfertigung völlig verloren. Denn er suche sie darin, daß bei ihm jede Ware da produziert werde, wo sich die von Natur für ihre Produktion günstigsten Bedingungen fänden. Infolge des Dumping aber, sagten die englischen fair trader, werde die englische Wirtschaftsentwicklung nicht länger durch die natürlichen Bedingungen bestimmt. Nicht mehr Engländer seien es, welche fortan bestimmten, was in England produziert werde, sondern fremde Interessenten. Der Engländer sei nicht länger Herr in seinem Hause; er könne sich nur mehr in den Beschäftigungen betätigen, welche seine Nachbarn ihm zuwiesen. Er müsse die Produktionszweige aufgeben, für die sein Land wohl geeignet sei, bloß weil Ausländer diese Produktionszweige bei sich unnatürlich förderten und den britischen Produkten den Absatz auf ihrem Markte versperrten. Dabei wurde nicht bestritten, daß gewisse Zweige der Weiterverarbeitung vom Dumping Vorteil zögen; so

die britische Marmeladeindustrie davon, daß der Kontinent den Briten den Zucker billiger liefere als seinen heimischen Verbrauchern; so der britische Schiffbau davon, daß das deutsche Halbzeug billiger nach England gehe, als es in Deutschland verkauft werde. Aber die Engländer empfanden es bitter, daß sie gezwungen wurden, statt sich den Dingen zu widmen, für die sie von Natur am besten ausgestattet seien, solche Gewerbe zu betreiben, welche das Ausland ihnen, wenigstens einstweilen noch, zu lassen gewillt sei.

Nach Rußland haben wir vermittels unseres sogenannten Einfuhrscheinsystems sogar Getreide billiger geliefert, als wir es im Inland verkauft haben, und als unsere Truppen nach Rußland vordrangen, haben sie dort deutschen Roggen erbeutet, den wir noch eben vor Ausbruch des Kriegs dorthin verschleudert hatten und den wir nun zu Haus entbehrten. Bereits im Jahre 1910 sind russischerseits bittere Klagen gegen dieses aggressive Schleudersystem erhoben und es ist verlangt worden, „daß man sich das deutsche Prämiengetreide, ähnlich wie vor der Brüsseler Konvention den Prämienzucker, durch Erhebung eines Ausgleichzolls vom Halse halte“. Auch wurde kurz vor dem Kriegsausbruch, im Juni 1914, von der Duma ein Dringlichkeitsgesetz angenommen, das diesem Verlangen entsprach. Die durch unser Einfuhrscheinsystem geschaffenen Ausfuhrprämien haben unter den russischen Landwirten eine Erbitterung erzeugt, welche zur mächtigen Unterstützung der russischen Kriegspartei diente.

In Frankreich ist zu der Klage über Dumping noch die über die Anwendung gekommen, welche die im Frankfurter Frieden von Deutschland ausbedungene Meistbegünstigung von deutscher Seite gefunden hat. Deutschland konnte gemäß dem Art. 11 des Frankfurter Friedens von Frankreich nicht schlechter als andere Länder behandelt werden; umgekehrt sollte es aber auch Frankreich nicht

schlechter als andere Länder behandeln können. Gewisse deutsche Sonderinteressen hegten indessen den Wunsch, dies doch zu tun. Das Mittel dazu bot sich in einer größeren Spezialisierung einzelner Positionen des Zolltarifs. Man setzte für Spezialitäten einer Güterart, wie sie nur von dem Land, das man begünstigen wollte, produziert wurden, niedrigere Zölle fest als für die ganze Güterart. Da Frankreich die niedriger veranlagten Spezialitäten nicht liefern konnte, war es trotz der Meistbegünstigungsklausel von dem anderen Ländern gewährten Vorteil ausgeschlossen, und Graf Posadowsky hatte es im Reichstag sogar rühmend hervorgehoben, daß es möglich sei, Österreich-Ungarn, Italien, Rußland Tarifkonzessionen zu machen, ohne daß sie Frankreich zugut kämen. Ein Brief Luzzattis vom 8. März 1903, der diesen Ausspruch kommentierte, hat großes Aufsehen gemacht. Wenn die Zahl der Umgehungen dieses Artikels auf dem Wege der Spezialisierung auch gering war, so wurde Posadowskys Ausspruch doch eine Waffe in den Händen der französischen Schutzzöllner. Nun schien der böse Wille Deutschlands in der Durchführung der von ihm abgeschlossenen Verträge erwiesen.

Endlich wurde die internationale Handelseifersucht durch das sehr berechtigte Streben Deutschlands nach wirtschaftlicher Expansion in anderen Erdteilen verschärft! Von den ersten Anfängen eines deutschen Kolonialbesitzes an sind die englischen Kolonien der Entstehung eines deutschen Kolonialreichs unfreundlich gegenüber gestanden. Selbst die so bescheidene Niederlassung in Lüderitzland zu Beginn der achtziger Jahre hat die kapländische Regierung den Deutschen mißgönnt. Queensland, ja ganz Australien erhoben bittere Vorwürfe gegen das britische Mutterland, weil es 1885 die Niederlassung der Deutschen auf Neuguinea zuließ. Als Deutschland die Karolinen, die Palauinseln, die Marianen und die Samoa-

inseln erwarb, begegnete es ausgesprochenem Übelwollen der älteren Kolonialmächte und der Amerikaner. Kapitän A. T. Mahan, der große Befürworter einer Expansion Amerikas, predigte tiefes Mißtrauen in die gleichen Bestrebungen der Deutschen und sah schon im August 1890 kommende kriegerische Konflikte voraus. Desgleichen kreuzte es die monopolistischen Bestrebungen der Engländer, Franzosen, Russen und Belgier, als die Deutschen darangingen, gleich ihnen Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen in China zu erlangen, und als die Deutsche Bank die Anatolische Bahn baute und den Bau der Bagdadbahn in Aussicht nahm, begegnete die an das englische und französische Kapital gerichtete Aufforderung, sich zu beteiligen, der ausgesprochensten Feindseligkeit der französischen und englischen Regierungen.

Die Kolonialbestrebungen Deutschlands sind die Hauptursache gewesen, daß England und Frankreich über die Folgen der Faschodakrise im Jahre 1898 hinwegkamen und den Grund legten zu der „Entente", welche im gegenwärtigen Kriege gipfelt. Was sich seitdem abgespielt hat, ist noch in aller Gedächtnis. Wir alle erinnern uns, wie schon 1911 der Konflikt gewisser deutscher und französischer Sonderinteressen in Marokko in einen Weltkrieg auszuarten gedroht hat. Das Marokko-Kongo-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich hat das damals noch verhütet. Aber eben dieses Abkommen hat zur Beschleunigung der Tripolis-Expedition der Italiener, diese zum ersten Balkankriege und den weiteren Balkankonflikten, einschließlich des echt merkantilistischen Strebens, die Serben vom Zugang zum Meer abzuhalten, und im Zusammenhang damit zur Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers geführt. So ist gekommen, was jeder befürchtet, aber zurückschaudernd gehofft hat, daß es abwendbar sei. Die Fortdauer des Anspruchs

Englands auf unbeschränkte Beherrschung der See, sowie das geschilderte Wiederauftauchen des Strebens, einander die Absatzmärkte und den Zugang zu den Bezugsquellen der Rohstoffe in anderen Weltteilen zu versperren, haben, wie sie in vergangenen Jahrhunderten zu blutigen Kriegen geführt haben, zu dem gegenwärtigen Weltkrieg geführt, der alles, was die Menschheit an entsetzlichen Kriegen erlebt hat, weit hinter sich läßt. Nicht als ob der gegenwärtige Krieg ausschließlich wirtschaftliche Ursachen hätte. Der französische Revanchegedanke war in dem letzten Jahrzehnt zu neuem Leben erwacht, und Rußlands Interessengegensatz zu Österreich-Ungarn hat dieses Wiedererwachen mächtig gefördert. Aber daß der Krieg den Umfang annehmen konnte, den er erreicht hat, daß Völker, denen das Revanchebedürfnis der Franzosen, die Nationalitätsinteressen der Italiener und der Balkanvölker und das Drängen des russischen Zarenreichs zum Mittelmeer gleichgültig war, wenn nicht gefährlich erscheinen mußte, sich zur Teilnahme am Kriege bewogen sahen, hat seinen Grund darin, daß die Welt zu dem Grundgedanken des Merkantilsystems zurückgekehrt ist, mit Gewalt und List das Aufblühen konkurrierender Volkswirtschaften hindern zu wollen.

III.

Und was wird uns die Zukunft bringen?

Graf Soden antwortet: Die Fortsetzung der bisherigen Schutzzollpolitik. Ich fürchte, er wird für die nächsten auf den Friedensschluß folgenden Jahre recht behalten. Aber ist das im deutschen Interesse gelegen?

Trotz aller Zollerhöhungen, die uns der Bülow-Tarif von 1902 gebracht hat, haben wir im Jahre 1913 für 10 Milliarden 770 Mil-

lionen Mark fremde Produkte einführen müssen, um den deutschen Bedarf zu decken, und die nimmer endenwollende Liste der Stoffe, welche seit Ausbruch des Kriegs beschlagnahmt worden sind, hat die Bedeutung dieser Ziffer auch dem ökonomisch Ungeschulten nahegebracht. Der Krieg hätte die Erkenntnis von der völligen Undurchführbarkeit des Verlangens nach einer sich selbst genügenden deutschen Volkswirtschaft jedem, der nicht ein persönliches Interesse an dem Vorherrschen der entgegengesetzten Auffassung hat, klarmachen müssen. Leiden wir doch an allem, nicht nur an Entbehrlichem, sondern am Unentbehrlichsten Not.

Nun hat man freilich in den dem Krieg vorausgehenden Jahrzehnten die alte Lehre, daß der Mensch und die Befriedigung seiner Bedürfnisse Ausgangs- und Zielpunkt der Wirtschaft sei, in ihr Gegenteil verkehrt; das Interesse der Produzenten sei es, worauf es ankomme; ihm gegenüber erschien der Konsument, außer, wo es sich um die Auflegung neuer Steuern handelte, als ein ganz verächtlicher Kerl. Die Hungerrevolten während des Kriegs und die Gefahren für den Ausgang des Kriegs, die sie brachten, haben schneidende Kritik an dieser Lehre geübt. Aber davon ganz abgesehen: es sind ja nicht bloß Weizen und Gerste, Obst und Gemüse, Vieh, Fische und Seetiere und andere Arten von Nahrungsmitteln, die wir vor dem Krieg für Milliarden Mark einführen mußten, sondern nicht minder Roh- und Hilfsstoffe, die der Produzent nicht entbehren kann. Vor allem auch nicht der Landwirt. Wir haben im Durchschnitt der Jahre 1909/12 an Abfällen, natürlichen Düngungsmitteln und verschiedenen tierischen Produkten nahezu $3^1/_2$ Milliarden Kilogramm, an fettigen Rohstoffen mehr als $1^1/_2$ Milliarden Kilogramm, an fettigen Fabrikaten 1 Milliarde 362 Millionen Kilogramm jährlich eingeführt, deren Wegfall neben

dem Fehlen der nötigen Arbeitskräfte und Gespanne eine der Ursachen des Rückgangs der landwirtschaftlichen Erträge ist. Noch bedeutsamer war die Einfuhr von Rohstoffen der chemischen Industrie, der Metallindustrie, der Holz-, Schnitz- und Flechtindustrie, der rohen Häute und Felle, der Rohstoffe der Textil- und Filzindustrie und der Kautschukindustrie[1]). Wir können sie ebensowenig wie in der Vergangenheit in der Zukunft entbehren.

Nun wird man auf „Mitteleuropa", das die Gebiete unserer heutigen Verbündeten und möglicherweise auch das Baltenland, Litauen und Polen umfassen soll, verweisen. Aber die eben genannten, bisher russischen Gebiete haben ohne Mehreinfuhr von Getreide nicht leben können[2]), und dasselbe gilt bekanntlich von Österreich. Nur Malzgerste haben wir bisher in beträchtlichen Mengen aus Österreich-Ungarn bezogen. Aber schon der bloße Gedanke, daß „Mitteleuropa" auch nur zu einer vermehrten Gersteneinfuhr aus dem Land dieses Verbündeten führen könne, hat den für die Annexion des ein Defizit an agrarischen Produkten aufweisenden Belgien sehr zugänglichen Geheimen Ökonomierat Dr. Heim veranlaßt, zu seiner Bauerngefolgschaft „alle Mann an Bord" zu rufen, um dies zu verhindern; es gelte einen Kampf um Sein und Nichtsein des bayerischen Bauernstandes; und obgleich es schon mehr als 2000 Jahre sind, daß Plato schrieb: „Das Gemeinsame stützt den Staat, das Selbstsüchtige löst ihn auf", hat er bei dem Minister des Innern verständnisvolles Entgegenkommen gefunden. Nehmen wir aber an, der Patriotismus siege über die Sonder-

---

[1]) Vgl. die Beilage.

[2]) Siehe Leo Jurowski, Der russische Getreideexport. Stuttgart und Berlin 1910, S. 15—17. Eine Mehrausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Weizenmehl und Roggenmehl hatten nur die russischen Gouvernements Orenburg, Woronesch, Beßarabien, Cherson, Poltawa, Ekaterinoslaw, Ssaratow, Don.

interessen, und es käme trotz der von Dr. Heim aufgerufenen Bauern zur freien Gersteeinfuhr aus unserem Nachbarlande, so handelt es sich bei der künftigen Gestaltung unserer Handelspolitik gar nicht allein um landwirtschaftliche Produkte, sondern noch weit mehr um gewerbliche Rohstoffe. Für manche unter ihnen hat uns die großartige Erfindertätigkeit während des Kriegs allerdings Ersatz gebracht. Aber was wir an chemischen Rohstoffen, an Erzen und Kupfer, an Baumwolle und anderen Rohstoffen der Textilindustrie bisher aus dem Ausland bezogen haben, ist schlechterdings unentbehrlich, und kein Mitteleuropa kann es uns liefern, auch wenn es sich bis zum Persischen Meerbusen erstreckte.

Vermag „Mitteleuropa" aber nur in sehr beschränktem Maße, was wir brauchen, zu liefern, so ist damit auch gesagt, daß es nicht imstande sein würde, uns große Mengen von Ausfuhrgütern abzunehmen oder, richtiger gesagt, zu bezahlen. Deutschland hat im Jahre 1913 für 10 Milliarden 97 Millionen Mark Waren ins Ausland ausgeführt; davon sind an unsere heutigen Bundesgenossen zusammen nur für 1 Milliarde 233,5 Millionen Mark Waren gegangen[1]). Unsere Bundesgenossen müßten uns also für weitere 8 Milliarden 863,5 Millionen Mark Waren mehr als bisher abnehmen, sollten wir bei einem auf sich selbst gestellten Mitteleuropa nicht gegen früher verlieren. Bei der Bedürfnislosigkeit der Bewohner der uns verbündeten Länder ist daran nicht zu denken, auch wenn sie alles, was sie bisher aus den Ländern unserer Gegner bezogen haben, fortan von uns bezögen.

Darauf antwortet man, daß es ja gar nicht die Absicht sei, den Austauschverkehr mit unseren heutigen Gegnern nicht wieder aufzunehmen. Aber damit komme ich zu der übelsten Wirkung des

[1]) Siehe die Beilage Tabelle VII.

Gedankens eines sich selbst genügenden „Mitteleuropa“. Er hat schon vor seiner Verwirklichung nicht genug zu beklagende Folgen gezeitigt und würde, wenn verwirklicht, unsagbares Elend über die Welt bringen. Unsere Feinde haben nämlich darauf mit der Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916 geantwortet, auf welcher beschlossen wurde, dem mitteleuropäischen Zollverein, der sich von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen erstrecken soll, einen Wirtschaftsbund der europäischen Randländer ungefähr in der gleichen Richtung entgegenzustellen. Aber was weit schlimmer ist, der Gedanke eines sich selbst genügenden Mitteleuropas hat zur Verlängerung des Krieges wesentlich beigetragen und damit schon jetzt Tausenden das Leben gekostet und Millionen von Werten Vernichtung gebracht: er hat nämlich bei Wilsons Erklärung des Kriegszustandes mit Deutschland eine erhebliche Rolle gespielt. Bereits 1890 hatte Kapitän Mahan die Expansion der Vereinigten Staaten gepredigt. Er hat in Wilson den Vollstrecker seiner Ideen gefunden. Schon am 3. September 1916 hat Wilson in einer Wahlrede seine Zuhörer hingerissen, indem er mit den Worten schloß: „Mit dem Klein-Amerikanertum, seinen engen Gesichtspunkten und geschützten Industrien ist's aus. Endlich erhebt sich für die Vereinigten Staaten der Tag der großen Unternehmungen, deren Feld die ganze Welt ist“, und zur Unterstützung seines Groß-Amerikas erklärt er, der sich soeben seines Triumphes über Schutzzöllner und Trusts gerühmt hatte, sich bereit, die gegen diese gerichteten Gesetze zu revidieren, falls diese die Trusts in ihrem Wirken nach außen beeinträchtigen sollten. „Denn gegenüber dem Ausland sollen sie das Feld frei haben. Man wird ihnen die dazu nötigen Mittel in die Hand geben. Es wird Aufgabe der Regierung der Vereinigten Staaten sein, darüber zu wachen, daß die Austausch-

bedingungen unter den Nationen gleiche und ehrliche sind." In dem Gedanken von „Mitteleuropa" aber sieht man das Verlangen der Mittelmächte nach einem Monopol, das andere von der Nutzbarmachung fruchtbarster Landstriche ausschließen wolle. Die Notwendigkeit, die Freiheit des amerikanischen Handels gegen solche Pläne zu verteidigen, ist zu einem willkommenen Agitationsmittel der amerikanischen Finanzleute geworden, die ihre über alle Erdteile sich erstreckenden eigenen Monopolgelüste beeinträchtigt sehen. Da man dem amerikanischen Volke aber nicht zumuten kann, daß es sich für die Dividenden der amerikanischen Kapitalisten totschießen lasse, stellt man ihm vor, es opfere, indem es die Mittelmächte bekämpfe, sein Gut und Blut für eine heilige Sache, die Freiheit der Völker. Dagegen wird es auch nichts helfen, wenn der gegenwärtige Reichskanzler neuerdings einem ungarischen Interviewer erklärt hat: „Der wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs hat keine Spitze gegen irgendwelchen Staat." Das würde nur Eindruck machen, wenn der beabsichtigte Bund nicht Dritte vom Anschluß als gleichberechtigte Teilnehmer ausschlösse. Aber sein W.sen beruht ja darin, daß er von Dritten höhere Zölle als von den beiden Kontrahenten erheben soll!

Was Amerikaner und Engländer zur Beteiligung an diesem Kriege getrieben hat, ist Handelseifersucht. Ich weiß, daß dies von anderen bestritten wird. Aber hat nicht schon 1905 der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, über den Gegensatz zwischen England und Deutschland geschrieben: „Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außerordentlich rasche Entwicklurg unserer Industrie . . . gewohnt, ohne Nebenbuhler dazustehen, erscheint den Engländern jede Konkurrenz als ein Eingriff in ihre Rechte"? Diese

Entwicklung wurzelte allerdings in ganz anderem, als worin die englischen Schutzzöllner sie sahen. Wäre sie dem Schutzzoll zu danken gewesen, so hätte nicht Deutschland, sondern Frankreich alle Länder überflügeln müssen; denn seine Zölle waren noch höher als die deutschen. Aber gerade die französische Volkswirtschaft ist in eben den Jahrzehnten des deutschen Aufschwunges gegenüber derjenigen sowohl des nicht zollgeschützten Englands, als auch des schutzzöllnerischen Deutschlands sehr ins Hintertreffen geraten. Das Aufblühen Deutschlands beruhte auf der rastlosen Ausnutzung der Fortschritte von Wissenschaft und Technik durch unsere Industrie. Aber da unsere schutzzöllnerische Publizistik sich im Lob unserer „bewährten Wirtschaftspolitik" nicht genug tun konnte, war es kein Wunder, daß die unkritischen Engländer daran glaubten, und kaum war der Krieg ausgebrochen, so haben ihre Handlungen den Ausspruch des Barons von Greindl bestätigt, indem sie systematisch darauf ausgingen, die Deutschen aus der Stellung im Handel zu vertreiben, welche sie sich in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit erworben hatten. Ihnen sind die Amerikaner gefolgt. So in Rußland. Da sich der völlige Abbruch der Handelsbeziehungen Italiens zu Deutschland nicht erzielen ließ, solange Italien diesem den Krieg nicht erklärt hatte, haben die Engländer die lange widerstrebenden Italiener durch Vorenthaltung von Kohlen zur Kriegserklärung an Deutschland gezwungen. Das allein auch ist der Grund, warum unter dem Druck Englands und der Vereinigten Staaten Länder, denen wir nie ein Wässerchen getrübt haben — wie eben wieder Guatemala und Nicaragua — uns den Krieg erklärt haben; denn erst damit war die Möglichkeit zur völligen Besitznahme der von den Deutschen im Handel innegehabten Stellung gegeben. Den Gipfel aber hat dieses Streben in den Privatverträgen erreicht, welche die Engländer mit allen

Unternehmungen abgeschlossen haben, welche die den Mittelmächten im Frieden unentbehrlichen Rohstoffe erzeugen. Sie haben sich durch solche Verträge bei allen diesen Unternehmungen die Mehrheit in der Leitung verschafft, um uns von der unmittelbaren Verfügung über Metalle und andere Rohstoffe dauernd auszuschließen, und unter dem 29. April hat Reuter aus Melbourne gemeldet, der australische Ministerpräsident Hughes habe Mitteilung von dem Vertrag gemacht, der mit England abgeschlossen worden sei, durch welchen dieses die ganze Zinkerzeugung Australiens bis zehn Jahre nach Friedensschluß gekauft habe. Ähnliche Verträge hat England bereits über die australische Wolle und die ägyptische Baumwolle abgeschlossen. Auf diese Weise sollen wir, selbst wenn wir aus dem gegenwärtigen Kriege siegreich hervorgehen, zu den tatsächlich Besiegten gemacht werden. Denn nur mehr, was unsere Feinde uns von den uns unentbehrlichen Rohstoffen in Zukunft gnädig abzulassen bereit sind, sollen wir auch nach abgeschlossenem Frieden erhalten.

Nehmen wir einmal an, es gelänge; was würde die Folge sein?

Daß England uns durch Vorenthaltung der zum Kriege nötigen Rohstoffe ebensowenig wie militärisch oder durch Aushungerung zu unterwerfen vermag, wird der Ausgang dieses Krieges beweisen. Denn es grenzt an das Wunderbare, wie die Not den deutschen Erfindungsgeist angetrieben hat, Ersatz für die zur Kriegführung fehlenden Rohstoffe zu schaffen. Einige dieser Ersatzstoffe dürften den Krieg überdauern und eine bleibende Bereicherung der Menschheit bedeuten; andere nicht, werden aber ausreichen, um diesen Krieg, auch wenn er noch Jahre währen sollte, überstehen zu lassen. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß sich bei Beschaffung der für die Dauer unentbehrlichen ausländischen Rohstoffe das deutsche Volk

mit einer Pariastellung zufriedengäbe wie die, in welche es jene Verträge der Engländer herabdrücken würden. Wie ich dargetan habe, sieht sich ein Volk, das darauf aus sein muß, alles, was es braucht, selbst zu erzeugen, notwendig zum Kriege getrieben. Ist es den Engländern und ihren Bundesgenossen, wie sie behaupten, ehrlich um einen Frieden zu tun, der Dauer verspricht, so ist das erste Erfordernis, daß unsere Feinde auf alle jene Verträge verzichten, welche die Deutschen auf die Dauer von der unmittelbaren Verfügung über die ihnen nötigen Rohstoffe auszuschließen bestimmt sind. Es würde ein eitler Vorwand sein, daß es dem Staate unmöglich sei, auf ihre Auflösung hinzuwirken, eben weil es sich um rechtsverbindliche Abmachungen unter Privaten handle; wie die Privaten jene Verträge nicht ohne Fühlung mit der Staatsleitung abgeschlossen haben, vermag diese auch einen Druck auf ihre Lösung auszuüben. Verstecken sich die Engländer aber hinter diesen Vorwand, halten sie jene uns ausschließenden Privatverträge aufrecht, so wird dies den Keim legen zu neuen noch weit furchtbareren Kriegen. Es wird dies die von unseren Feinden angeblich erstrebte Dauer des Friedens ausschließen. Und dasselbe würde der Fall sein, wollte das siegreiche Deutschland die jährliche Lieferung einer bestimmten Menge solcher Rohstoffe im Frieden sich ausbedingen; denn bei jeder Einstellung der ausbedungenen Leistungen wäre der neue Krieg da.

Aber verlangen wir von unseren Feinden den Verzicht auf jene uns ausschließenden Verträge, so setzt ein solcher Verzicht selbstverständlich eine Gegenleistung voraus. Wir müssen, um von unseren heutigen Gegnern, was wir brauchen, zu erlangen, auch unsererseits die aggressive Schutzzollpolitik aufgeben, der wir in den letzten Jahrzehnten gehuldigt haben. In seiner Beantwortung der

Papstnote hat sich Deutschland prinzipiell zu einem Friedensbunde der Völker bekannt. Es heißt darin, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische des Rechts treten solle. Die weitere Folgerung daraus, welche die Antwort ausspricht, daß auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot von Streitkräften, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auf dem Wege des Schiedsverfahrens zu entscheiden seien, kommt gerade für wirtschaftliche Interessengegensätze in Betracht; denn sie sind heute die Hauptursache der internationalen Meinungsverschiedenheiten, die zu Kriegen führen. Eine Verständigung darüber setzt aber Ehrlichkeit im internationalen Verkehr der Völker, d. h. die Abkehr vom Merkantilismus voraus. Denn dessen Ziel ist die Bereicherung des einen Volks auf Kosten eines anderen. Schon im Frieden ist, wie der schon genannte Mahan gesagt hat, das Protektionssystem nichts als ein organisierter Krieg. Daher es, wie gezeigt, auch jederzeit zum Krieg mit den Waffen geführt hat. Dagegen wird die Verständigung über wirtschaftliche Interessengegensätze um so leichter sein, je mehr die Wirtschaftspolitik der Völker wieder von der Erkenntnis geleitet wird, daß das Gedeihen eines jeden Volkes das der übrigen voraussetzt. Damit fällt die Hauptursache, welche die Völker in der Vergangenheit zu Kriegen geführt hat und sie in der Zukunft wieder zu den Waffen greifen lassen könnte. Auch der Streit um die Kolonien, der unter den Anlässen zum gegenwärtigen Kriege eine Rolle gespielt hat, wird dann friedliche Erledigung finden.

Der gegenwärtige Krieg hat bis zur neuesten Offensive 11 Millionen Tote gekostet. Dazu kommen etwa 19 Millionen Kriegsbeschädigte. Seitdem sind noch Hunderttausende von beiden dazugekommen. Mehr als ein Fünftel des Reichtums der Welt ist ver-

pulvert, und nicht genau zu beziffernde Milliardenwerte sind vernichtet worden. Ein neuer Krieg wie dieser würde den Untergang Europas bedeuten. Wird das Schutzzollsystem, wie es vor dem Kriege bestand, fortgesetzt, so wird der kommende Friede nur ein Atemholen sein, bis die heutigen Gegner neue Kräfte gesammelt haben. Die Gefahr ist groß. Noch immer widerstrebt England, der Freiheit der Meere zuzustimmen, ohne welche von Freihandel keine Rede sein kann. Die Franzosen, die von jeher die engherzigsten Schutzzöllner gewesen sind, haben bereits beschlossen, alle Handelsverträge mit der Meistbegünstigungsklausel zu kündigen. Am 13. Mai hat der Minister Bonar Law, einer der Hauptführer der englischen Schutzzöllner, im Unterhause erklärt, daß die britische Regierung die Absicht habe, ähnlich vorzugehen wie die französische und alle Meistbegünstigungsverträge zu kündigen. Die Amerikaner übertreffen noch die Franzosen, insofern ihre Schutzzollpolitik, gleich der unseren vor dem Kriege, einen aggressiven Charakter trägt, und während dieses Kriegs haben sie schon in der Zeit vor der Herrschaft der Bolschewiki Rußland, ferner Italien, Frankreich und selbst England in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen verstanden; ja es besteht die Gefahr, daß sie überhaupt nicht Frieden schließen, um uns, selbst wenn wir Italien, Frankreich, England, ja ganz Europa erobert hätten, durch dauerndes Vorenthalten alles dessen, was wir aus der Neuen Welt brauchen, auf die Knie zu zwingen. Über die Privatverträge, die uns auch nach dem Frieden vom Rohstoffbezug ausschließen sollen, habe ich soeben gesprochen. Angesichts dieser Lage erachte ich es als eine Pflicht des Professors der Volkswirtschaftslehre, nicht Beifall zu klatschen, wenn eine durch Sonderinteressenten irregeführte öffentliche Meinung nach Verewigung der Ursachen der Völkerkriege verlangt, sondern vor der Gefahr zu warnen, unsere Zukunft, statt auf der

Verständigung mit unseren heutigen Gegnern, auf der Fortdauer unserer aggressiven Schutzzollpolitik aufbauen zu wollen. Ich weiß, daß ich dafür nur weitere Angriffe ernten werde. Doch habe ich es stets für dieselbe Pflicht erachtet, unbekümmert um Denunziationen und Schmähungen, was ich als wahr erkenne, auch zu bekennen, wie es die Pflicht des Soldaten ist, angesichts von Feinden, die auf ihn schießen, ins Feuer zu gehen. Ich befinde mich in meinem achten Jahrzehnt. Ich gedenke nicht, von dieser Auffassung abzugehen, und erwarte, daß auch der Mann, der mein Nachfolger wird, von gleichem Geiste beseelt ist.

Beilage

Die öffentliche Diskussion hat gezeigt, daß viele „völkische" Anhänger einer sich selbst genügenden deutschen Volkswirtschaft keine Vorstellung haben, welches die Produkte sind, deren Einfuhr aus dem Ausland unsere Ausfuhr dahin übertroffen hat, in welchem Maße sie sie übertroffen hat, und welches die Länder sind, aus denen die Mehreinfuhr kam. Ich füge daher die folgenden Tabellen bei, aus denen sich jeder über diese für unsere Zukunft schwerwiegenden Tatsachen leicht unterrichten kann. Sie zeigen, daß es eine irrige Auffassung ist, wenn viele meinen, die Frage ob internationale Arbeitsteilung oder volkswirtschaftliches Sichselbstgenügen, ob Freihandel oder Schutzzoll, sei lediglich die, ob das Konsumenten- oder das Produzenteninteresse größere Rücksicht verdiene[1]). Nicht nur für die Deckung unseres Nahrungsbedarfs sind wir auf das Ausland angewiesen gewesen; der Wert der eingeführten Nahrungs- und Genußmittel hat 1913 nur 25,6 v. H., der Wert der eingeführten lebenden Tiere nur 2,7 v. H. des Wertes unserer Einfuhr betragen. Auch haben die eingeführten fertigen Waren nur 13,7 v. H. der Einfuhr ausgemacht. Dagegen bestand unsere Einfuhr zu 46,5 v. H. aus Rohstoffen und zu 11,5 v. H. aus halbfertigen Waren, welche

[1]) Dies diene auch meinem verehrten Kollegen, Herrn Unterstaatssekretär z. D. Professor Dr. Georg von Mayr zur Antwort. Ohne meinen Vortrag „Über alten und neuen Merkantilismus", den ich am 2. Mai in München gehalten habe und der im wesentlichen die vorstehenden Ausführungen enthielt, selbst anzuhören, noch auch dessen Veröffentlichung abzuwarten, hat er in der „München-Augsburger Abendzeitung" vom 22. Mai 1918 auf Grund von Zeitungsberichten dagegen geschrieben. Kein Wunder, daß er meinen Gedankengang völlig verkannt hat, wie sich auch daraus ergibt, daß er schrieb, ich gehe aus von der verfehlten Meinung, daß das Interesse des „Konsumenten" unter allen Umständen möglichst billige Bedürfnisbefriedigung sei, ohne alle Rücksicht darauf, woher „die Waren

im Inland weiterbearbeitet wurden. Unsere Einfuhr diente also überwiegend der nationalen Produktion, und zwar ganz ebenso der Landwirtschaft wie der Industrie. Selbst der Wirtschaftszweig, der heute vor allem nach volkswirtschaftlicher Autarkie schreit, unsere Landwirtschaft, ist nur eine Teilwirtschaft. Ich habe die amtlichen Angaben über die Rohstoffe, Maschinen und Arbeitskräfte beigefügt, welche die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege aus dem Ausland bezogen hat; ich habe ihnen die Angaben über die für den Industriebetrieb unentbehrlichen fremden Rohstoffe folgen lassen. Diese Zahlen zeigen, in welchem Maße eine sich selbst genügende deutsche Volkswirtschaft auch vom Standpunkt der Produktion ein Ding der Unmöglichkeit ist, wenn Deutschland nicht auf seine wirtschaftliche und politische Stellung inmitten der Völker verzichten will. Die Waren, die wir aus dem Ausland eingeführt haben, haben wir aber von diesem nicht umsonst erhalten; wir haben eigene Produkte dafür geben müssen. Ich habe in der Beilage auch die amtlichen Angaben wiedergegeben über die Waren, die wir zu ihrer Bezahlung ausgeführt haben. Dies sind zu 63,3 v. H. Fabrikate, zu 11,3 v. H. halbfertige Waren, also zu nahezu drei Viertel des ausgeführten Wertes heimische Industrieerzeugnisse gewesen. Eine weitere Tabelle gibt an, aus welchen Erzeugnissen deutscher Arbeit

kommen". Kein Zweifel, daß ich der Meinung bin, daß unsere „bewährte Wirtschaftspolitik", an der mitgearbeitet zu haben mein verehrter Kollege sich rühmt, den „Konsumenten" viel zu wenig berücksichtigt hat. Aber stets war mein Haupteinwand, daß die Schutzzollpolitik unsere Produktion selbst schädige, und gerade unter meinen Argumenten in dem gedachten Vortrage steht dieses im Vordergrund. (Siehe oben S. 73 ff.) Desgleichen zeigt seine gegen meine Bezeichnung der deutschen Schutzzollpolitik (s. oben S. 67 ff.) als eine Aggressivpolitik gerichtete Kritik, daß er nicht weiß, warum alle Welt, selbstverständlich außer den deutschen Schutzzöllnern, diese Bezeichnung gebraucht. Wenn er meine Ausführungen „Dialektik" nennt, wie soll ich seine Kritik derselben nennen?

diese der Bezahlung der für unsere Produktion unentbehrlichen Rohstoffe und Halbfabrikate dienende Ausfuhr hauptsächlich bestanden hat.

Um dem Leser die Möglichkeit zu geben, sich zu unterrichten, aus welchen Ländern die der deutschen Produktion dienenden eingeführten Waren kommen, ist bei jeder Warenart das Land ihrer Herkunft angegeben. Diese Angaben zeigen, daß, was wir brauchen, fast zu 90 v. H. des Wertes der Gesamteinfuhr aus Ländern kommt, mit denen wir uns zur Zeit im Kriegszustand befinden; aus „Mitteleuropa" stammen nur wenig über 10 v. H. Eine Schlußtabelle zeigt, daß auch der Absatz der deutschen Produkte in die uns zur Zeit feindlichen Länder zu fast neun Zehntel ins feindliche Ausland und nur zu wenig mehr als ein Zehntel nach „Mitteleuropa" geht, daß dieses uns daher auch nicht als Abnehmer die Kundschaft unserer heutigen Feinde zu ersetzen vermag. Der Leser möge aus diesen amtlichen Ziffern selbst seine Schlüsse ziehen.

Schließlich ist es mir noch eine angenehme Pflicht, Fräulein Dr. Grete Eysoldt für die wertvolle Beihilfe zu danken, die sie mir bei Zusammenstellung dieser Statistik hat zuteil werden lassen.

I. Spezialhandel des Deutschen Reichs in fünf Hauptabteilungen.

Nach dem Werte und im Verhältnis zum Gesamtwerte.

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1914, S. 181.)

Jahr	Spezialhandel			
	Einfuhr		Ausfuhr	
	Wert in Mill. Mark	v. H. des Gesamtwerts	Wert in Mill. Mark	v. H. des Gesamtwerts
1. Rohstoffe.				
1909	3 901,3	45,8	1 024,3	15,5
10	4 226,0	47,3	1 137,0	15,2
11	4 348,8	44,8	1 220,1	15,0
12	4 823,2	45,1	1 382,4	15,4
13	5 003,5	46,5	1 518,0	15,0
2. Halbfertige Waren.				
1909	931,8	10,9	724,3	11,0
10	1 005,9	11,3	839,7	11,2
11	1 071,5	11,0	867,6	10,7
12	1 256,8	11,8	1 012,9	11,3
13	1 238,8	11,5	1 139,4	11,3
3. Fertige Waren.				
1909	1 138,4	13,3	4 172,2	63,3
10	1 219,3	13,6	4 737,1	63,4
11	1 292,7	13,3	5 220,4	64,4
12	1 410,9	13,2	5 763,2	64,4
13	1 478,8	13,7	6 395,8	63,3
4. Nahrungs- und Genußmittel.				
1909	2 324,3	27,3	662,3	10,0
10	2 215,7	24,8	751,1	10,1
1911	2 761,1	28,5	785,5	9,7
12	2 944,9	27,5	789,4	8,8
13	2 759,5	25,6	1 035,9	10,3
5. Lebende Tiere.				
1909	231,1	2,7	11,1	0,2
10	267,2	3,0	9,8	0,1
11	231,6	2,4	12,5	0,2
12	256,0	2,4	8,9	0,1
13	289,7	2,7	7,4	0,1
Im ganzen (1—5).				
1909	8 526,9	100	6 594,2	100
10	8 934,1	100	7 474,7	100
11	9 705,7	100	8 106,1	100
12	10 691,8	100	8 956,8	100
13	10 770,3	100	10 096,5	100
Außerdem: Gold und Silber.				
1909	333,5	.	264,5	.
10	375,9	.	169,5	.
11	301,3	.	118,3	.
12	325,7	.	142,7	.
13	436,4	.	101,4	.

II. Übersicht über den deutschen Verbrauch an Nahrungs- und Futtermitteln im Durchschnitt der Jahre 1912/13 unter Ausweis der davon aus dem Ausland eingeführten.

(Vgl. Kuczynski und Zuntz, Statistisches Archiv, 9. Bd., 1915.)

Nahrungs- und Futtermittel	Menschliche Nahrung				Viehfutter			
	Verbrauch		Davon Zuschuß vom Ausland		Verbrauch		Davon Zuschuß vom Ausland	
	1000 t	Kalorien[1] Milliarden	1000 t	Kalorien[1] Milliarden	1000 t	Kalorien[1] Milliarden	1000 t	Kalorien[1] Milliarden
Roggen, Weizen, Spelz	—	—	—	—	3 505,1	10 379	—	—
Roggen-, Weizen-, Spelzmehl	9 254,2	29 980	797,4	2 622	—	—	—	—
Anderes Getreide	—	—	—	—	12 662,5	33 366	3 512,9	10 304
Anderes Getreidemehl	681,2	2 188	127,2	390	—	—	—	—
Kleie u. and. Getreideabfälle	—	—	—	—	5 736,9	11 301	2 069,8	4 055
Getreidestroh	—	—	—	—	19 942,5	14 380	—	—
Getreide-Grünfutter	—	—	—	—	6 335,5	2 514	—	—
Reis	212,1	706	212,1	706	—	—	—	—
Reisabfälle	—	—	—	—	237,4	674	237,4	674
Hülsenfrüchte	509,9	1 342	310,8	819	586,2	1 707	48,4	141
Hülsenfruchtstroh	—	—	—	—	1 309,7	873	—	—
Hülsenfrucht-Grünfutter	—	—	—	—	4 537,5	1 490	—	—
Kartoffeln	13 996,7	10 358	373,2	276	22 030,4	18 065	—	—

Zucker	1 199,3	4 689	—	—	—	—	—	—
Andere Hackfrüchte u. Gemüse	6 325,4	1 710	272,1	92	73 653,0	18 075	98,1	100
Pflanzliche Fette	189,4	1 691	174,8	1 561	—	—	—	—
Ölkuchen, Ölkuchenmehle	—	—	—	—	1 501,0	4 261	1 455,2	4 141
Futtersenf, Rapsstroh	—	—	—	—	270,1	120	—	—
Futterpflanzen (Heu)	—	—	—	—	43 474,9	60 533	—	—
Obst und Südfrüchte	3 366,5	2 025	824,7	639	—	—	—	—
Honig	17,2	56	2,0	6	—	—	—	—
Kakao	51,6	273	51,6	273	—	—	—	—
Alkoholische Getränke	7 579,0	3 908	1 027,0	434	—	—	—	—
Rind (Fleisch, Fett)	1 142,0	2 968	120,5	496	—	—	—	—
Schwein (Fleisch, Fett)	2 157,8	10 398	143,8	1 134	—	—	—	—
Schaf, Ziege, Pferd, Hund	135,1	454	15,2	140	—	—	—	—
Geflügel, Wild	184,8	396	53,2	168	—	—	—	—
Fische	577,0	490	361,4	346	—	—	—	—
Tierische Mehle	—	—	—	—	60,0	185	15,0	46
Milch, Rahm, Molken usw.	11 813,8	7 219	58,5	97	12 874,3	6 104	—	—
Butter	453,9	3 450	54,6	415	—	—	—	—
Käse	307,1	964	23,1	84	—	—	—	—
Eier	424,6	608	169,3	245	—	—	—	—
Zusammen		85 873		8 599		184 027		19 461

[1]) Mit Kalorien ist der Brennwert des ausnutzbaren Teils der Nahrung gemeint.

III. Rohstoffe des Landwirtschaftsbetriebs,

deren Einfuhr im Jahre 1913 mehr betrug als die Ausfuhr, nebst Angabe der hauptsächlichsten Länder der Herkunft.

(Zusammengestellt aus Bd. 270 der Statistik des Deutschen Reiches.)

1. Futterstoffe.

Andere Gerste als Malzgerste.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	3 087 067
Dänemark	10 472
Österreich-Ungarn	7 766
Rumänien	82 882
Rußland	2 761 323
Serbien	669
Marokko	3
Brit.-Indien usw.	7 953
Persien	7 638
Argentinien	13 340
Mexiko	60
Ver. Staaten von Amerika	187 961
Ausfuhr	6 104

Malz-, Obst- usw. Treber; Malzkeime.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	157 257
Frankreich	5 714
Großbritannien	35 496
Niederlande	7 826
Österreich-Ungarn	24 311
Ver. Staaten von Amerika	70 258

Kleie (Viehfutter).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 414 256
Belgien	14 568
Bulgarien	4 953
Frankreich	10 709
Großbritannien	91 439
Niederlande	49 205
Norwegen	15 792
Österreich-Ungarn	31 025
Rumänien	11 719
Rußland	687 839
Schweden	24 147
Schweiz	9 574
Türkei	5 213
Argentinien	240 476
Brasilien	30 482
Chile	20 129
Ver. Staaten von Amerika	153 972
Ausfuhr	23 284

Reisabfälle.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	206 475
Italien	24 897
Niederlande	11 343
Österreich-Ungarn	7 761
Brit.-Indien usw.	106 754
Franz.-Indien	25 180
Ver. Staaten von Amerika	16 282
Ausfuhr	4 068

Ölkuchen, Ölkuchenmehl, Mandelkleie.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	828 549
Belgien	20 492
Dänemark	13 337

Länder der Herkunft	Tonnen
Frankreich	56 979
Großbritannien	35 352
Italien	3 689
Niederlande	29 459
Österreich-Ungarn	45 954
Rußland	320 173
Spanien	5 758
Brit.-Indien usw.	32 425
Ceylon	6 200
Argentinien	11 041
Mexiko	8 289
Ver. Staaten von Amerika	215 236
Ausfuhr	294 174

Länder der Herkunft	Tonnen
Schlempe; Rückstände von der Stärke-erzeugung.	
Einfuhr	68 901
Belgien	5 865
Frankreich	6 623
Großbritannien	12 501
Ver. Staaten von Amerika	28 107
Ausfuhr	5 178
Grünfutter, Heu, Spreu, Häcksel usw.	
Einfuhr	106 177
Frankreich	24 774
Niederlande	41 982
Österreich-Ungarn	21 880
Ausfuhr	22 169

2. Futterrohstoffe.

Länder der Herkunft	Tonnen
Raps, Rübsen.	
Einfuhr	153 427
Rumänien	21 213
Rußland	11 426
Brit.-Indien usw.	118 175
Ausfuhr	4 982
Mohn, Sonnenblumensamen.	
Einfuhr	20 586
Rußland	8 575
Türkei	2 428
Brit.-Indien usw.	8 887
Ausfuhr[1])	139
Erdnüsse.	
Einfuhr	98 085
Brit.-Westafrika	23 874
Deutsch-Ostafrika	3 231
Franz.-Westafrika	30 960
Portug.-Westafrika	5 019
Brit.-Indien usw.	21 505
China	9 883
Sesam.	
Einfuhr	116 039
Brit.-Indien usw.	32 024
China	79 060
Leinsaat, Leinmehl.	
Einfuhr	560 428
Niederlande	5 033
Rußland	40 575
Brit.-Indien usw.	69 287
Argentinien	429 664

[1]) Einschl. Madia-, Kapok- usw. Samen, Erdnüsse, Sesam.

Länder der Herkunft	Tonnen
Uruguay	6 860
Ausfuhr	4 232

Baumwollsamen.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	219 797
Ägypten	207 838
Ver. Staaten von Amerika	10 062
Ausfuhr[1]	810

Sojabohnen, Elipe-, Schinüsse, Mowrasaat usw.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	125 750
Brit.-Indien usw.	16 520
China	106 066

Palmkerne.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	235 921
Brit.-Westafrika	206 145
Kamerun	3 568
Togo	13 599
Franz.-Westafrika	8 240
Liberia	1 952
Port.-Westafrika	1 835

Kopra.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	196 598
Brit.-Indien usw.	53 392
Brit.-Malakka usw.	3 667
Ceylon	27 625
Niederl.-Indien usw.	81 009
Philippinen usw.	12 905
Christmas u. üb. Br.-Austr.	4 014
Deutsch-Australien	7 324
Franz.-Australien	1 349
Samoa	3 459
Ausfuhr	658

3. Düngemittel.

Chilisalpeter.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	774 318
Chile	770 288
Ausfuhr	27 507

Guano, künstlicher; Tierflechsenmehl usw.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	24 887
Belgien	13 626
Großbritannien	3 818
Niederlande	360
Norwegen	4 133
Argentinien	1 498
Uruguay	472

Guano, natürlicher.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	36 840
Peru	29 120
Ausfuhr	436

Kalk, natürlicher, phosphorsaurer.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	929 560
Belgien	53 438
Frankreich	19 529

[1]) Einschl. Palmkerne.

Länder der Herkunft	Tonnen
Spanien	2 920
Algerien	191 448
Tunis	10 807
Marokko	500
Niederl.-Amerika	762
Ver. Staaten von Amerika	421 212
Australischer Bund	18 865
Übriges Australien	70 467
Deutsch-Neuguinea	41 294
Franz.-Australien	143

Kalk, natürlicher, kohlensaurer; Dolomit, roh, auch gebrannt; Kalkmörtel.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 318 524
Belgien	660 397
Dänemark	60 114
Frankreich	239 966
Österreich-Ungarn	137 386
Rußland	4 660
Schweden	208 487
Schweiz	6 565

Kalksalpeter, Kalk- (Luft-) Stickstoff u. a. n. g. Düngemittel.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	78 604
Norwegen	54 725
Schweden	11 340
Schweiz	6 393
Ausfuhr	30 463

IV. Landwirtschaftliche Maschinen,

deren Einfuhr im Jahre 1913 mehr betrug als die Ausfuhr, nebst Angabe der hauptsächlichen Länder der Herkunft.

Nicht schmiedbare Maschinenteile von landwirtschaftlichen u. Molkereimaschinen

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	576
Großbritannien	99
Kanada	52
Ver. Staaten von Amerika	370

Schmiedbare Maschinenteile von landwirtschaftlichen und Molkereimaschinen.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	10 264
Großbritannien	81
Schweden	85
Kanada	104
Ver. Staaten von Amerika	703

Länder der Herkunft	Tonnen	Länder der Herkunft	Tonnen
Nähmaschinen.		Schweden	122
		Schweiz	68
Einfuhr	32 280	Kanada	5 541
Frankreich	18	Ver. Staaten von Amerika	25 494
Großbritannien	949	Ausfuhr	24 308

V. Ausländische Landarbeiter im Deutschen Reiche.

Nach dem Berichte der Deutschen Arbeiterzentrale für landwirtschaftliche Arbeiter wurden im Jahre 1913/14 an Legitimationskarten ausgegeben (vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915, S. 416):

Nationalität der Arbeiter	Legitimierung ausländischer Arbeiter im Jahre 1913/14 für die Landwirtschaft
Polen	269 000
Deutsche	11 184
Sonstige	6 229
1. Summe der Arbeiter aus Rußland	286 413
Polen	58 224
Ruthenen	68 236
Deutsche	3 033
Tschechen	951
Sonstige	133
2. Summe der Arbeiter aus Österreich	130 577
Ungarn	5 291
Italien	45
Niederlande und Belgien	9 633
Frankreich und Luxemburg	18
Dänemark, Schweden, Norwegen	3 199
Schweiz	1 534
Übriges Ausland	26
3. Summe der ausländischen Landarbeiter	436 736

VI. Rohstoffe der Industrie,

in denen im Jahre 1913 die Einfuhr mehr betrug als die Ausfuhr, nebst Angabe der hauptsächlichsten Länder der Herkunft.

(Zusammengestellt aus Bd. 270 der Statistik des Deutschen Reiches.)

1. Chemische Grundstoffe.

Länder der Herkunft	Tonnen
Quecksilber und Quecksilberlegierungen.	
Einfuhr	961
Großbritannien	27
Italien	393
Österreich-Ungarn	490
Spanien	24
Türkei	2,5
Mexiko	9,9
Ausfuhr	53
Alkalimetalle, Arsen, Uran u. a. s. n. b. Metalle.	
Einfuhr	810
Frankreich	127
Österreich-Ungarn	2,3
Schweiz	677
Ausfuhr	106
Jod.	
Einfuhr	258
Großbritannien	22
Norwegen	13
Japan	9
Chile	210
Ausfuhr	92
Phosphor.	
Einfuhr	209
Frankreich	34
Großbritannien	171
Ausfuhr	192
Schwefel; Spencemetall.	
Einfuhr	46 636
Italien	38 924
Österreich-Ungarn	124
Mexiko	134
Ver. Staaten von Amerika	7 053
Ausfuhr	3 371
Ammoniak- (Gas-) Wasser; Salmiakgeist.	
Einfuhr	5 472
Frankreich	498
Niederlande	1 232
Rußland	183
Schweiz	2 591
Ausfuhr	1 973
Schwefelsäure, Schwefelsäureanhydrid.	
Einfuhr	130 257
Belgien	113 748
Frankreich	1 731

Länder der Herkunft	Tonnen
Österreich-Ungarn	12 080
Niederlande	1 603
Schweiz	1 057
Ausfuhr	64 968

Borsäure, Borax.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	7 381
Belgien	364
Frankreich	2 872
Großbritannien	3 480
Italien	367
Niederlande	277
Ausfuhr	3 433

Salpetersaures Ammoniak, nicht in Hülsen, salpetersaures Blei.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	3 378
Norwegen	3 349
Schweden	18
Ausfuhr	355

Essigsäure und holzessigsaurer Kalk.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	20 922
Österreich-Ungarn	366
Schweden	53
Ver. Staaten von Amerika	20 364
Ausfuhr	2 015

Weinstein, roh und gereinigt; Natronweinstein.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	6 310
Frankreich	1 343
Griechenland	144
Italien	1 772
Niederlande	20
Österreich-Ungarn	842

Länder der Herkunft	Tonnen
Portugal	11
Spanien	1 357
Algerien	700
Ausfuhr	3 353

Zinksalze, a. n. g.; Chlorzink (Zinkchlorid).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 276
Frankreich	728
Großbritannien	276
Ausfuhr	744

Kalziumkarbid.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	46 725
Norwegen	15 248
Österreich-Ungarn	7 299
Schweden	472
Schweiz	23 530
Ausfuhr	500

Aluminium-, Silizium- u. a. n. g. Metallkarbide.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	2 481
Frankreich	55
Österreich-Ungarn	70
Schweiz	496
Ver. Staaten von Amerika	1 826
Ausfuhr	499,6

Ferrosilizium mit einem Siliziumgehalt von 25 v. H. oder darüber.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	20 768
Frankreich	1 134
Italien	285
Norwegen	3 086
Österreich-Ungarn	1 628

Länder der Herkunft	Tonnen
Schweden	2 910
Schweiz	11 501

Kalk, zitronensaurer.

Einfuhr	482
Italien	482

Nitrite (Salpetrigsaure Salze) a. n. g.

Einfuhr	8 029
Frankreich	53
Großbritannien	18
Norwegen	7 528
Schweden	46
Schweiz	287
Ausfuhr	198

Chemische Halbfabrikate.

Eiweiß, getrocknet, gepulvert, Eiweißstoffe, tierische u. pflanzliche, a. n. g.

Einfuhr	937
China	639
Ausfuhr	526

Käsestoff und Zubereitungen daraus, nicht zum Genusse.

Einfuhr	6 694
Frankreich	4 224
Argentinien	1 322
Ausfuhr	485

Eichenholz-, Fichtenholz-, Kastanienholzauszug.

Einfuhr	35 717
Frankreich	22 646
Italien	7 648
Österreich-Ungarn	4 840
Ausfuhr	145

2. Erze, Schlacken, Asche.

Antimonerze sowie Antimonmatte.

Einfuhr	3 074
Frankreich	121
Algerien	463
China	1 577
Australischer Bund	580
Ausfuhr	502

Arsenerze.

Einfuhr	630

Bleierze.

Einfuhr	142 977
Österreich-Ungarn	2 045
Rußland	2 702
Brit.-Südafrika	1 121
Tunis	3 500
Australischer Bund	127 021
Peru	2 118
Ausfuhr	4 458

Länder der Herkunft	Tonnen
Chromerze.	
Einfuhr	23 251
Brit.-Südafrika	1 649
Portug.-Ostafrika	4 056
Franz.-Australien	13 484
Türkei	2 150
Ausfuhr	681
Eisenerze.	
Einfuhr	14 024 318
Belgien	127 131
Frankreich	3 810 887
Griechenland	147 148
Norwegen	303 457
Österreich-Ungarn	105 983
Rußland	489 382
Schweden	4 563 635
Spanien	3 632 058
Algerien	481 157
Tunis	136 412
Brit.-Indien usw.	32 795
Neufundland	121 175
Ausfuhr	2 613 158
Gold- und Platinaerze.	
Einfuhr	173,814
Rußland	7,014
Ausfuhr[1]	0,444
Kupfererze, Kupferstein, kupferhaltige Kiesabbrände.	
Einfuhr	27 595
Spanien	1 753
Bolivien	1 097
Ausfuhr	25 221
Manganerze.	
Einfuhr	680 371
Rußland	446 942
Spanien	27 467
Brit.-Indien usw.	177 638
Brasilien	21 873
Ausfuhr	9 295
Schwefelkies, Markasit u. a. Schwefelerze.	
Einfuhr	1 026 919
Frankreich	23 952
Norwegen	49 117
Portugal	53 575
Spanien	849 050
Türkei	40 579
Ausfuhr	28 214
Silbererze.	
Einfuhr[1]	1 750
Chile	535
Peru	421
Wolframerze.	
Einfuhr[1]	4 803
Großbritannien	384
Portugal	444
Brit.-Indien usw.	987

[1]) Einschließlich der Silbererze.

Länder der Herkunft	Tonnen
Brit.-Malakka usw.	472
Argentinien	441
Australischer Bund	753
Ausfuhr	288

Zinkerze.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	313 269
Belgien	35 654
Frankreich	3 044
Griechenland	10 318
Italien	15 637
Österreich-Ungarn	14 778
Rußland	2 830
Schweden	10 142
Spanien	10 244
Türkei	5 971
Algerien	9 286
Tunis	4 137
China	3 664
Franz.-Indien	500
Japan	4 603
Mexiko	2 942
Ver. Staaten von Amerika	13 209
Australischer Bund	165 618
Ausfuhr	45 092

Zinnerze (Zinnstein usw.).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	18 727
Italien	101
Deutsch-Südwestafrika	162
Japan	392
Bolivien	15 831
Chile	868
Australischer Bund	1 006

Uran-, Vitriol-, Molybdän- u. a. n. b. g. Erze.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 209
Deutsch-Südwestafrika	312
Ver. Staaten von Amerika	637

Eisen- oder manganhaltige Gasreinigungsmasse; Schlacken vom oder zum Metallhüttenbetriebe; Schlackenfilze; Schlackenwolle; Ferrozyanschlamm; Aschen, a. n. g.; Kalkäscher; nicht kupferhaltige Kiesabbrände.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 310 460
Belgien	601 354
Frankreich	256 406
Großbritannien	52 997
Niederlande	21 199
Österreich-Ungarn	97 104
Rußland	115 527
Schweden	128 153
Spanien	8 949
Ausfuhr	154 833

A. n. g. Metallaschen (Metalloxyde).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	18 351
Belgien	8 856
Österreich-Ungarn	3 396
Ausfuhr	19 371

Länder der Herkunft	Tonnen	Länder der Herkunft	Tonnen

3. Unedle Metalle.

Aluminium, roh, in Platten; Bruchaluminium.

Einfuhr	15 323
Frankreich	4 165
Großbritannien	1 899
Norwegen	711
Österreich-Ungarn	1 257
Schweiz	6 064
Ver. Staaten von Amerika	837
Ausfuhr	2 703

Blei, roh, Bleiabfälle, Bruchblei.

Einfuhr	83 781
Belgien	13 973
Großbritannien	3 923
Spanien	42 793
Ver. Staaten von Amerika	16 273
Australischer Bund	2 839
Ausfuhr	41 369

Zinn, roh, Bruchzinn, Zinnabfälle.

Einfuhr	14 261
Belgien	297
Großbritannien	1 697
Niederlande	569
Österreich-Ungarn	393
Brit.-Indien usw.	942
Brit.-Malakka usw.	941
China	142
Niederländ.-Indien usw.	6 384
Ver. Staaten von Amerika	929
Australischer Bund	1 661
Ausfuhr	6 437

Nickel und Nickellegierungen. Nickelmetall, roh; Bruchnickel; Nickelmünzen.

Einfuhr	3 315
Belgien	529
Großbritannien	414
Ver. Staaten von Amerika	2 157
Ausfuhr	1 679

Kupfer und Kupferlegierungen. Kupfer, roh.

Einfuhr	225 392
Belgien	5 523
Großbritannien	1 682
Schweden	1 050
Serbien	1 344
Spanien	1 240
Japan	1 604
Ver. Staaten von Amerika	197 353
Australischer Bund	13 342
Ausfuhr	7 204

Kupfermünzen; Bruchkupfer, Kupferabfälle, -späne, -glühspan (Kupferasche).

Einfuhr	5 182
Belgien	576
Frankreich	645
Österreich-Ungarn	622
Schweden	377
Schweiz	419
Ver. Staaten von Amerika	511
Ausfuhr	2 010

Länder der Herkunft	Tonnen	Länder der Herkunft	Tonnen
Messing, Aich-, Sterro-, Delta-, Duranametall, Messingschlaglot, Tombak, roh oder als Bruch.		Antimon (Spießglanz), roh oder als Bruch.	
Einfuhr	12 612	Einfuhr	3 604
Großbritannien	1 465	Belgien	385
Österreich-Ungarn	3 311	Frankreich	500
Schweden	1 447	Großbritannien	749
Ver. Staaten von Amerika	2 316	Österreich-Ungarn	170
Ausfuhr	10 562	China	956
		Japan	633
		Ausfuhr	702

4. Fossile Brennstoffe.

Braunkohlen.

Einfuhr	6 987 065
Österreich-Ungarn	6 986 921
Ausfuhr	60 345

5. Mineralöle und sonstige fossile Rohstoffe.

Schmieröle, mineralische.		Schwerbenzin, Putzöl, Patentterpentinöl.	
Einfuhr	248 035	Einfuhr	81 366
Österreich-Ungarn	38 651	Österreich-Ungarn	18 748
Rumänien	13 379	Rumänien	17 484
Rußland	90 573	Rußland	7 173
Ver. Staaten von Amerika	102 467	Brit.-Indien usw.	5 356
Ausfuhr[1]	27 194	Niederländ.-Indien usw. .	30 211

[1]) Einschl. des Gasöls.

Länder der Herkunft	Tonnen
Gasöl (außer Leuchtöl)[1].	
Einfuhr	48 009
Österreich-Ungarn	40 943
Erdöl, gereinigt (Leuchtöl).	
Einfuhr	745 466
Österreich-Ungarn	119 680
Rumänien	33 336
Rußland	17 493
Ver. Staaten von Amerika	574 759
Ausfuhr	325
Rohbenzin.	
Einfuhr	159 380
Österreich-Ungarn	7 503
Rumänien	50 160
Rußland	42 896
Niederländ.-Indien usw. .	16 796
Ver. Staaten von Amerika	41 816
Ausfuhr	2
Benzin, Gasolin, Ligroin, Petroleumäther und sonstige a. n. g. leichte, gereinigte Mineralöle.	
Einfuhr	8 174
Österreich-Ungarn	4 196
Rumänien	2 179
Schweiz	216
Ver. Staaten von Amerika	1 385
Ausfuhr	3 985
Asphalt, fester, Asphaltsteine.	
Einfuhr	145 351
Italien	85 079
Schweiz	21 626
Trinidad usw.	25 668
Ausfuhr	14 519
Braunkohlenteer-, Torf-, Schieferöl und sonstige a. n. g. Mineralöle; teerartige, im Wasser nicht sinkende pechartige Rückstände (Heizstoffe); Harzöl; Mischungen.	
Einfuhr	2 954
Ver. Staaten von Amerika	1 875
Ausfuhr	1 845
Im Wasser sinkende pechartige Rückstände von der Mineralöldestillation.	
Einfuhr	11 115
Österreich-Ungarn	6 968
Mexiko	1 787
Ver. Staaten von Amerika	1 559
Ausfuhr	7 281
Teer aus erdpechhaltigem Schiefer; Braunkohlenteer; Torfteer, Holzteer, Dagget.	
Einfuhr	11 145
Rußland	6 622
Österreich-Ungarn	1 433
Schweden	1 895
Ausfuhr	3 232
Anthrazen.	
Einfuhr	1 286
Frankreich	339
Großbritannien	750
Ausfuhr	277

[1]) Ausfuhr unter mineralischen Schmierölen.

Länder der Herkunft	Tonnen	Länder der Herkunft	Tonnen

6. Erzeugnisse der Forstwirtschaft.

Eichenholz, unbearbeitet oder nur quer bearbeitet.

Einfuhr	134 714
Österreich-Ungarn	40 708
Rußland	86 408
Ausfuhr	16 100

Nußbaum-, Buchen- und anderes hartes Holz, unbearbeitet oder nur quer bearbeitet.

Einfuhr	128 126
Frankreich	12 244
Österreich-Ungarn	41 133
Rußland	26 793
Schweiz	6 403
Ver. Staaten von Amerika	35 375
Ausfuhr [1]	30 979

Weiches Laubholz, unbearbeitet oder nur quer bearbeitet.

Einfuhr	278 407
Rußland	152 728
Franz.-Westafrika	69 270
Ver. Staaten von Amerika	33 825
Ausfuhr [1]	5 247

Nadelholz, unbearbeitet oder nur quer bearbeitet.

Einfuhr	2 847 201
Österreich-Ungarn	1 143 768
Rußland	1 692 963
Ausfuhr	165 795

Grubenholz.

Einfuhr	237 765
Österreich-Ungarn	159 014
Rußland	74 887

Hartes Holz, längs beschlagen usw.

Einfuhr	54 302
Rußland	14 328
Japan	19 206
Ver. Staaten von Amerika	15 378
Ausfuhr	4 871

Nadelholz, längs beschlagen usw.

Einfuhr	273 820
Österreich-Ungarn	24 225
Rußland	119 256
Finnland	52 319
Schweden	68 100
Ausfuhr	10 468

Eichenholz, längs gesägt, nicht gehobel usw.

Einfuhr	68 356
Österreich-Ungarn	22 287
Rußland	13 432
Ver. Staaten von Amerika	26 490
Ausfuhr	14 862

[1]) Einschl. des längs beschlagenen.

Nußbaum-, Buchen- u. a. hartes Holz, längs gesägt usw.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	24 622
Österreich-Ungarn	10 075
Ver. Staaten von Amerika	7 579
Ausfuhr	12 182

Weiches Laubholz, längs gesägt, nicht gehobelt usw.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	66 646
Rußland	47 389
Ver. Staaten von Amerika	13 427
Ausfuhr	2 897

Nadelholz, längs gesägt, nicht gehobelt usw.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 755 779
Niederlande	22 328
Norwegen	15 669
Österreich-Ungarn	231 699
Rumänien	27 947
Rußland	412 774
Finnland	369 702
Schweden	397 412
Ver. Staaten von Amerika	274 597
Ausfuhr	77 938

Zedernholz.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	22 621
Cuba	5 413
Ver. Staaten von Amerika	7 795
Ausfuhr	573

Nutzholz von Buchsbaum, Mahagoni, Polisander; Eben-, Tiek-, Pockholz.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	37 003
Brit.-Westafrika	7 184
Brit.-Indien usw.	7 849
Niederländ.-Indien usw. .	5 749
Ausfuhr	3 692

Eisenbahnschwellen aus Holz.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	233 054
Österreich-Ungarn	71 061
Rußland	161 113
Ausfuhr	77 333

Faßholz von Eichenholz, ungefärbt, nicht gehobelt.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	43 817
Österreich-Ungarn	6 779
Rußland	20 408
Ver. Staaten von Amerika	16 186
Ausfuhr	2 170

Holz zu Holzmasse, Holzschliff, Zellstoff.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 284 873
Österreich-Ungarn	260 306
Rußland	1 021 777
Ausfuhr	66 880

Korkholz, unbearbeitet; Zierkorkholz.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	20 336
Portugal	12 245
Spanien	1 061
Algerien	6 046
Ausfuhr	1 078

Maletto-, Mimosa-, Mangrove- und andere Gerbrinden (außer Eichen- und Nadelholzrinden).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	43 336
Brit.-Südafrika	30 464
Madagaskar	5 039
Ausfuhr	3 595

Quebracho- und anderes Gerbholz in Blöcken.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	112 284
Argentinien	112 284
Ausfuhr	—

Gerbstoffe (außer Gerbholzrinden); Katechu; Kino.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	43 563
Türkei	16 360
Brit.-Indien usw.	13 738
China	4 130
Venezuela	5 102
Ausfuhr	1 162

Terpentinharze (Fichtenharze).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	96 265
Frankreich	16 896
Ver. Staaten von Amerika	77 010
Ausfuhr	25 803

Kauri- und andere Kopale.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	5 357
Brit.-Indien usw.	609
Niederländ.-Indien usw.	1 962
Neuseeland	1 051
Ausfuhr	863

Andere Hartharze, Weich-, Gummiharze.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	4 737
Niederländ.-Indien usw.	1 084
Ausfuhr	1 183

Schellack.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	3 950
Brit.-Indien usw.	3 743
Ausfuhr	1 364

Akazien-, Acajou-, Kirsch-, Kutera-, Bassoragummi.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	6 185
Ägypten	3 727
Brit.-Indien usw.	1 471
Ausfuhr	2 414

Kautschuk, roh oder gereinigt.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	20 497
Großbritannien	497
Brit.-Ostafrika	114
Brit.-Westafrika	243
Deutsch-Ostafrika	1 095
Kamerun	1 637
Franz.-Westafrika	313
Madagaskar	118
Belg.-Kongo	1 702
Portug.-Ostafrika	115
Brit.-Indien usw.	4 268
Brit.-Malakka usw.	689
Ceylon	1 125
Niederländ.-Indien usw.	1 037
Bolivien	188
Brasilien	5 556

Länder der Herkunft	Tonnen
Ecuador	62
Mexiko	510
Peru	360
Venezuela	92
Ausfuhr	3 972

Guttapercha, roh oder gereinigt.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	2 189
Brit.-Indien usw.	494
Brit.-Malakka usw.	576
Niederländ.-Indien usw.	903
Ausfuhr	252

Balata, roh oder gereinigt.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 094
Venezuela	939
Ausfuhr	366

7. Pflanzliche Spinnstoffe.

Baumwolle (roh).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	477 945
Türkei	1 868
Ägypten	40 555
Deutsch-Ostafrika	1 279
Brit.-Indien usw.	57 520
China	3 282
Niederländ.-Indien usw.	1 911
Brasilien	1 002
Ver. Staaten von Amerika	369 397
Ausfuhr	48 371

Ernteabfälle von roher Baumwolle (Linters).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	43 183
Brit.-Indien usw.	6 184
Ver. Staaten von Amerika	33 346
Ausfuhr	4 212

Flachs.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	71 633
Belgien	354
Niederlande	921
Österreich-Ungarn	4 413
Rußland	65 746
Ausfuhr	36 184

Hanf.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	48 651
Italien	15 846
Österreich-Ungarn	3 722
Rußland	27 862
Ausfuhr	7 903

Flachswerg (Hede).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	22 389
Belgien	3 184
Niederlande	2 445
Österreich-Ungarn	5 991
Rußland	9 919
Ausfuhr	7 322

Hanfwerg (Hede).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	15 999
Italien	3 624

Länder der Herkunft	Tonnen
Österreich-Ungarn	5 552
Rußland	6 490
Ausfuhr	1 530

Jute und Juteweg.

Einfuhr	162 063
Brit.-Indien usw.	158 456
Ausfuhr	7 822

Fiber und sonstige Agavefasern.

Einfuhr	12 199
Mexiko	11 452

Pflanzendaunen (Kapok).

Einfuhr	3 341
Brit.-Indien usw.	664
Niederländ.-Indien usw. ..	2 071

Ramie, Manila-, Sisal-, indischer, neuseeländischer Hanf und sonstige pflanzliche Spinnstoffe.

Einfuhr	20 640
Deutsch-Ostafrika	2 919
Brit.-Indien usw.	5 015
China	2 385
Niederländ.-Indien usw...	835
Philippinen usw.	4 003
Neuseeland	1 535
Ausfuhr	4 777

8. Tierische Spinnstoffe, Haare, Federn und Borsten.

Merinowolle, im Schweiße.

Einfuhr	105 861
Spanien	482
Brit.-Südafrika	25 196
Argentinien	12 342
Uruguay	5 814
Australischer Bund	64 446
Neuseeland	186
Ausfuhr	3 702

Merinowolle, nach der Schur gewaschen.

Einfuhr	4 257
Belgien	1 075
Frankreich	492
Österreich-Ungarn	195
Brit.-Südafrika	1 122
Australischer Bund	1 203
Ausfuhr	6 477

Kreuzzuchtwolle, im Schweiße.

Einfuhr	69 786
Frankreich	930
Großbritannien	804
Österreich-Ungarn	718
Rußland	1 235
Marokko	1 877
Argentinien	37 399
Chile	4 146
Uruguay	3 552

Länder der Herkunft	Tonnen
Australischer Bund	14 931
Neuseeland	3 062
Ausfuhr	1 226
Kreuzzuchtwolle (Rückenwäsche).	
Einfuhr	2 812
Frankreich	577
Großbritannien	464
Rußland	830
Ausfuhr	1 136
Kreuzzuchtwolle, nach der Schur gewaschen.	
Einfuhr	16 271
Belgien	9 756
Frankreich	3 323
Großbritannien	1 918
Österreich-Ungarn	324
Ausfuhr	4 141
Rindvieh-, Hirsch-, Hunde- und ähnliche grobe Tierhaare.	
Einfuhr	9 539
Rußland	961
Ver. Staaten von Amerika	4 615
Ausfuhr	4 926
Pferdehaare (aus der Mähne oder dem Schweife).	
Einfuhr	2 095
Rußland	898
Argentinien	209
Ausfuhr	377
Bettfedern, roh.	
Einfuhr	9 190
Frankreich	826
Großbritannien	381
Österreich-Ungarn	3 187
Rußland	918
China	3 321
Ausfuhr	562
Reiherfedern, nicht zugerichtet.	
Einfuhr	1,972
Frankreich	0,284
Österreich-Ungarn	0,288
Ausfuhr	0,347
Straußfedern, nicht zugerichtet.	
Einfuhr	98
Brit.-Südafrika	88
Ausfuhr	12
Borsten; Borstenersatzstoffe.	
Einfuhr	3 449
Österreich-Ungarn	67
Rußland	2 224
Brit.-Indien usw.	65
China	884
Ausfuhr	2 016
Seidengehäuse (Seidenkokons).	
Einfuhr	4,1

Länder der Herkunft	Tonnen	Länder der Herkunft	Tonnen

9. Felle, Häute und Teile davon.

Kalbfelle, roh: grün und gesalzen (naß)

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	34 404
Dänemark	3 275
Frankreich	10 033
Italien	1 484
Niederlande	638
Norwegen	366
Österreich-Ungarn	9 257
Rußland	2 300
Finnland	1 119
Schweden	2 629
Schweiz	1 464
Argentinien	485
Australischer Bund	618
Ausfuhr	6 101

Kalbfelle, roh: gekalkt, trocken.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	4 827
Dänemark	229
Österreich-Ungarn	715
Rußland	2 548
Finnland	155
Ausfuhr	2 589

Rindshäute, roh: grün und gesalzen (naß)

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	113 181
Belgien	1 189
Dänemark	2 323
Frankreich	9 651
Großbritannien	1 195
Italien	3 648
Niederlande	4 567
Norwegen	1 614
Österreich-Ungarn	11 705
Rußland	7 795
Schweden	1 259
Schweiz	4 760
Brit.-Südafrika	581
Brit.-Indien usw.	886
China	861
Argentinien	32 511
Brasilien	8 870
Chile	1 380
Cuba	2 820
Mexiko	682
Paraguay	2 778
Uruguay	4 527
Ver. Staaten von Amerika	3 124
Australischer Bund	2 312
Ausfuhr	38 918

Rindshäute, roh: gekalkt, trocken.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	54 460
Belgien	404
Frankreich	492
Großbritannien	565
Niederlande	467
Österreich-Ungarn	446
Rußland	1 864
Abessinien	2 101
Brit.-Westafrika	1 288
Madagaskar	1 778
Brit.-Indien usw.	17 857
China	6 099
Niederländ.-Indien usw.	1 426
Argentinien	5 091

Länder der Herkunft	Tonnen
Brasilien	4 406
Columbien	741
Dom. Republik	392
Guatemala	642
Honduras	287
Mexiko	485
Paraguay	594
Peru	971
Uruguay	419
Venezuela	399
Ver. Staaten von Amerika	647
Australischer Bund	639
Ausfuhr	8 553

Roßhäute, roh: grün, gesalzen (naß).

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	11 384
Frankreich	2 316
Großbritannien	2 531
Niederlande	947
Österreich-Ungarn	1 347
Ver. Staaten von Amerika	1 130
Ausfuhr	5 911

Roßhäute, roh: gekalkt, trocken.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	1 966
Rußland	666
Argentinien	772
Ausfuhr	709

Lammfelle, roh, behaart.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	6 286
Frankreich	430
Griechenland	864
Italien	327
Österreich-Ungarn	1 201
Portugal	212
Rußland	208
Serbien	191
Spanien	1 116
Türkei	388
Argentinien	386
Ausfuhr	258

Schaffelle, roh, behaart.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	11 661
Dänemark	1 086
Frankreich	824
Großbritannien	657
Österreich-Ungarn	2 152
Rußland	1 459
Spanien	524
Algerien	864
Ausfuhr	2 422

Ziegenfelle, roh, auch gespalten.

Länder der Herkunft	Tonnen
Einfuhr	10 590
Belgien	159
Frankreich	982
Großbritannien	730
Österreich-Ungarn	573
Portugal	144
Rußland	1 629
Spanien	374
Türkei	275
Algerien	735
Marokko	671
Brit.-Indien usw.	1 700
China	744
Niederländ.-Indien usw.	454
Brasilien	118
Ver. Staaten von Amerika	180
Ausfuhr	829

Länder der Herkunft	Tonnen
Zickelfelle, roh, auch gespalten.	
Einfuhr	571
Österreich-Ungarn	263
Ausfuhr	492
Leimleder.	
Einfuhr	22 809
Österreich-Ungarn	5 787
Ausfuhr	11 826
Felle zu Pelzwerk, roh, außer Hasen- und Kaninchenfellen.	
Einfuhr	3 752
Frankreich	75
Großbritannien	230
Österreich-Ungarn	158
Rußland	817
Schweiz	25
Türkei	47
China	57
Japan	41
Argentinien	145
Ver. Staaten von Amerika	1 908
Australischer Bund	28
Ausfuhr	1 137
Hörner, Geweihe, gefärbte Stücke von Hirschgeweihen, roh, zu Schnitzzwecken.	
Einfuhr	6 390
Brit.-Indien usw.	1 645
Argentinien	984
Ausfuhr	2 827

Länder der Herkunft	Tonnen
Elfenbein, roh.	
Einfuhr	309
Großbritannien	83
Belgisch-Kongo	48
Brit.-Indien usw.	67
Ausfuhr	126
Därme, Magen, Blasen von Vieh; Lab.	
Einfuhr	35 251
Belgien	921
Dänemark	4 858
Frankreich	1 961
Großbritannien	4 910
Niederlande	1 643
Österreich-Ungarn	1 102
Rußland	3 704
China	409
Argentinien	3 442
Uruguay	608
Ver. Staaten von Amerika	7 827
Australischer Bund	2 108
Ausfuhr	4 969
Goldschlägerhäutchen, zugeschnitten.	
Einfuhr	9,151
Ver. Staaten von Amerika	3,641
Fischmehl, Tierblut, tierischer Dünger, sonstige tierische Abgänge.	
Einfuhr	64 446
Großbritannien	27 624
Norwegen	16 182
Brit.-Indien usw.	2 945
Argentinien	5 683
Ausfuhr	15 781

VII. Anteil der Herkunfts- und Bestimmungsländer am Spezialhandel in % vom Wert im Jahre 1913

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1915, S. 257/58.)

	Einfuhr	Ausfuhr
Vereinigte Staaten von Amerika	15,9	7,1
Rußland	13,2	8,7
Großbritannien	8,1	14,2
Frankreich	5,4	7,8
Brit.-Indien usw.	5,0	1,5
Belgien	3,2	5,5
Italien	3,0	3,9
Australischer Bund	2,8	0,9
Brit.-Westafrika	1,3	0,2
Rumänien	0,7	1,4
Kanada [1]	0,6	0,6
Japan	0,4	1,2
Uruguay	0,4	0,4
Ceylon	0,4	0,0
Bolivien	0,4	0,1
Guatemala	0,3	0,0
Algerien	0,3	0,1
Griechenland	0,3	0,2
Portugal	0,2	0,5
Brit.-Südafrika [1]	0,6	0,5
Österreich-Ungarn	7,7	10,9
Türkei	0,7	0,1
Bulgarien	[1]	0,3
Brit.-Malakka	0,2	0,1
Venezuela	0,2	0,1
Franz.-Westafrika	0,2	
Portug.-Westafrika	0,2	0,1
Ecuador	0,2	0,0
Neufundland, brit. Honduras und übr. brit. Amerika	0,2	[1]
Columbien	0,2	0,2
Peru	0,1	0,2
Siam	0,1	0,1
Cuba	0,1	0,3
Belg.-Kongo	0,1	[1]
Tunis	0,1	[1]
Serbien	0,1	0,2
Dominik. Republik	0,1	0,0
Neuseeland	0,1	0,1
Marokko	0,1	0,1
Portug.-Ostafrika		0,1
Brit.-Ostafrika		0,1

[1] Nicht ausgeschieden.

VIII. Wichtigste Waren, durch deren Ausfuhr (außer durch Überlassung von Kapitalnutzung und durch Leistung von Diensten) die deutsche Volkswirtschaft i. J. 1913 die aus dem Ausland eingeführten Waren bezahlt hat, in Millionen Mark.

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1915, S. 252.)

Warengattung nach den Werten von 1913 geordnet	Wert in Mill. Mark	Warengattung nach den Werten von 1913 geordnet	Wert in Mill. Mark
Maschinen aller Art, auch Teile	680,3	Eiserne Röhren, gewalzt oder gezogen	84,2
Eisenwaren, nachsteh. nicht genannt	652,3	Rindshäute u. Büffelhäute	81,4
Steinkohlen	516,4	Eisendraht	76,2
Baumwollwaren	446,5	Bücher, Karten, Musikalien	74,3
Wollenwaren	270,9	Elektrische Vorrichtungen für Beleuchtung, Kraftübertragung	74,0
Zucker	264,7	Eisenbahnschienen, -schwellen, -laschen, -unterlagsplatten	73,7
Papier, Pappe und Waren daraus	262,8	Personen-Motorwagen . .	71
Felle zu Pelzwerk	225,4	Roheisen und andere nicht schmiedbare Eisenlegierungen	65,4
Schmiedbares Eisen in Stäben	204,6	Luppeneisen, Rohschienen, Ingots	65,3
Seidenwaren	202,4	Kalisalze u. a. Abraumsalze	63,7
Koks	146,7	Hohlglas	62,9
Anilin und andere Teerfarbstoffe	142,1	Baumwollengarn, -zwirn	61,1
Roggen	132,9	Chlorkalium	58,3
Kleider, Putzwaren . . .	132	Waren aus weichem Kautschuk, ohne Fahrzeugteile	57,5
Waren aus Kupfer und Kupferlegierungen . . .	130,8	Elektrische Maschinen. . .	56,5
Oberleder	114,5	Baumwolle, rohe	56,0
Lederwaren	114,2	Klaviere, Orgeln, Teile davon	55,5
Kinderspielzeug, Christbaumschmuck	103,3	Zink, rohes; Bruchzink . .	54,8
Eisenblech	102,8	Indigo	53,3
Hafer	93,1		
Wollengarn	90,6		
Weizen	87,6		

Warengattung nach den Werten von 1913 geordnet	Wert in Mill. Mark	Warengattung nach den Werten von 1913 geordnet	Wert in Mill. Mark
Porzellanwaren (außer Isolatoren)	50,7	Kautschuk, Guttapercha, Balata	28,0
Schafwolle, roh	49,6	Hopfen	23,6
Glühlampen, elektrische	48,1	Übrige Waren	3 315,3
Wolle, auch Tierhaare, gekämmt, gekrempelt	47,6	Gesamtausfuhr	10 096,5
Preßkohlen aus Steinkohlen	44,8		
Weizenmehl	44,2	Außerdem: Gold u. Silber	101,4
Reis, poliert	43,3	davon: Gold, gemünzt	41,3
Kabel zur Leitung elektr. Ströme	39,3	Feinsilber, legiertes Silber	32,6